

POLIZEI REPORT

G 43095
ISSN 1433-0164

Nr. 105 · März 2023



Tarifverhandlungen

VS



Inflation

INFORMATIONEN NACHRICHTEN MITTEILUNGEN

POLIZEI REPORT

LIEBE KOLLEGINNEN,
LIEBE KOLLEGEN,



Carsten Maier

seit Januar verhandeln Gewerkschaften und Arbeitgeber von Kommunen und Bund über den Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst (TVöD), der für die 2,5 Millionen Beschäftigten gilt. Die Gewerkschaften fordern 10,5 Prozent, mindestens 500 Euro mehr Gehalt und 200 Euro mehr für Auszubildende.

Zur Erinnerung: Für die Landesbediensteten in Hessen gilt seit 2004 der eigene Tarifvertrag Hessen (TV-H). Aber warum schreibe ich ein Vorwort über Tarifverhandlungen, die die meisten von uns nicht betrifft? Dies ist ganz einfach: In unserer hessischen GdP sind nicht nur Landesbedienstete organisiert, sondern auch eine Vielzahl von Beschäftigten der Kommunen, wie zum Beispiel die Kolleginnen und Kollegen der Stadtpolizei/Ordnungsamt. Diese werden nach dem TVöD bezahlt. Zudem haben die aktuellen Verhandlungen eine Strahlkraft auf unsere folgenden Verhandlungen.

Vorwort	3
Endlich raus – das Elend hat ein Ende!	5
Wir helfen wo wir können	6
Wir haben es verdient	6
Höhepunkt der Gewerkschaftsarbeit	7
Wenn Abschied weh tut	12
Es ist soweit	12
Wenn Abschied weh tut Teil 2	13
Iris Icke war eine der ersten Schutzpolizistinnen	14
Ein neues Gesicht im Personalbüro	16
Ruckzuck ein hohes Amt	17
Wir müssen wachsam sein!	17
Meine Meinung	18
Einbruchschutz von Kollege zu Kollege	21
Mit Leib und Seele Polizist	23
Sensation im Allgäu	23
Einladung zur Blaulichtparty	24
Im Schnee unterwegs	25
EAM Kassel Marathon 2023	26
Ausschreibung Seniorenseminar 2023	26
Kurz vor Schluss oder danach	27
Erfolge eurer GdP	27
Starkes Zeichen in Wabern	28
Testtraining in Korbach	29
Was halten Staat und die Beschäftigten aus?	31
Die Polizei als Feindbild der Klimabewegung	32
FunXperience in Kassel	33
Personalnachrichten, Terminkalender	34

Titelbild: Gestaltung Carsten Maier

10,5 Prozent, mindestens 500 Euro mehr Gehalt. Kritiker werfen den Gewerkschaften, wie immer eigentlich, überzogene Forderungen vor. Tarifiergebnisse aus anderen Bereichen zeigen allerdings, dass die oben genannten Forderungen durchaus realistisch und ernst gemeint sind.

Bei einer momentanen Inflation von ca. 10 Prozent mit stark ansteigenden Preisen für Mieten, Lebensmittel und Energie, geraten immer mehr Haushalte in finanzielle Bedrängnis. Darunter auch

nicht wenige Beschäftigte im öffentlichen Dienst. Gerade die Beschäftigten der niedrigeren Lohngruppen würden bei den o. g. Forderungen eine deutliche Entlastung verspüren.

Ob Pandemie oder die Folgen des Krieges in der Ukraine – der öffentliche Dienst ist gefordert wie nie. Die massive Be- und Überlastung wird zwar zur Kenntnis genommen, bleibt aber meist ohne Lösungsvorschläge. Auch der Fachkräftemangel zeigt seine Auswirkungen. Gerade im

Titelbild

wichtigen Bereich der Informatik- und IT-Berufe klafft eine Lücke von mehreren tausend unbesetzten Stellen. Ein Ausfluss dieses Defizites ist u. a. eine zu langsame Digitalisierung der Behörden, welches uns übrigens auch in der hessischen Polizei täglich begegnet.

Nur über eine gute Bezahlung, modernen Arbeitszeitmodellen und guten Arbeitsbedingungen kann der öffentliche Dienst den Wettstreit um gutes Personal gegen andere Arbeitgeber gewinnen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wenn es vielleicht in den nächsten Wochen

durch Streiks zu Ausfällen im Kindergarten, oder bei der Abholung der Mülltonnen kommt, habt Verständnis für die streikenden Beschäftigten im TVöD. Spätestens im Jahr 2024 erwarten uns die gleichen anstrengenden Tarifverhandlungen in Hessen und wie so oft orientieren sich die Verhandlungsparteien an den Ergebnissen der vorangegangenen Tarifverhandlungen der jeweiligen Tarifgemeinschaften.

Sollte es in den nächsten Wochen zu Streikaufrufen kommen, wird die GdP Bezirksgruppe Nordhessen selbstverständlich ihre Mitglieder bei der Organisation

und Umsetzung des Warnstreiks unterstützen und natürlich auch in Kassel mit „auf die Straße gehen“. Wir sind mit den Kolleginnen und Kollegen der Kommunen und des Bundes solidarisch. Denn nur wenn die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes zusammenstehen, wird ein ordentlicher Tarifabschluss gelingen. ■

Carsten Maier
Stellv. Vorsitzender (Tarif)

ENDLICH RAUS – DAS ELENDE HAT EIN ENDE!

NEUBAU DES POLIZEIREVIERES OST IN WALDAU NACH 15 JAHREN KUMMER

Die Vertrauensleute der GdP Kreisgruppe Kassel beim Polizeirevier Ost, Jürgen Bachmann, Stephan Röther und Markus Imke sind Kummer gewohnt.

Mit dem Einzug im Jahr 2011 in das Objekt an der Leipziger Straße in Kassel begann gleich der Ärger und die ersten Enttäuschungen. Mit der Zusammenlegung des 4. und des 5. Polizeireviers aus Waldau und Bettenhausen war es zunächst mit Hoffnung verbunden, eine ausreichend große und gute Liegenschaft gefunden zu haben.

Aber weit gefehlt. Schon zu Beginn wurden auch vom LBIH Fehler gemacht. Ein menschlich schwieriger Vermieter mit „little men Syndrom“ tat gleich zu Beginn seinen Teil dazu, dass es nicht klappen konnte.

Mit meiner Freistellung im Mai 2012 ging es dann auch für mich los. Jürgen Bachmann, damals bis zu seiner Pensi-

onierung unser Mann vor Ort, berichtete davon, dass es keine Garagen für die Dienstfahrzeuge gab. Im Winter wurden sie unter Pagodenzelte gestellt. Ganz Hessen lachte über uns!

Das Schild „Polizei“ durfte nicht am Gebäude angebracht werden, dies wurde beim Mietvertrag ebenso vom LBIH vergessen, wie die Funkantennen auf dem Dach. Für den Vermieter ein gefundenes Fressen, hier gnadenlos mehr Kohle vom Land Hessen herauszuziehen.

Den Zaun zum Schutz des Objektes gibt es übrigens bis heute nicht, er war Grund zahlreicher Gerichtsverhandlungen.

Die Heizungen fielen im Winter regelmäßig aus, auch in diesem Winter.

Fenster ließen sich nicht schließen und wurden mit dicken Leitzordnern gegen öffnen gesichert. Schimmel gab es in mehr Räumen wie in der besten Champignonzucht. Die Rollläden wurden natürlich

auch vergessen und im Sommer ging man vor Hitze kaputt.

Zu guter Letzt verstopften dann die Abflussrohre und schwemmten Fäkalien nach oben, die Küche und Toiletten waren länger gesperrt. Auch der Kraftraum im Keller musste immer wieder geschlossen werden.

Durch Gespräche der GdP Nordhessen mit unserem Oberbürgermeister Christian Geselle konnte die Idee eines städtischen Neubaus umgesetzt werden. Nachdem hier alles auf den Weg gebracht wurde, stieg auch das Land Hessen und das PP Nordhessen mit in die Planung ein.

Im April diesen Jahres ist es endlich soweit. In Waldau am Forstbachweg hat die GWGpro als städtisches Unternehmen innerhalb von eineinhalb Jahren einen Neubau errichtet, der dann von unseren Kolleginnen und Kollegen bezogen werden kann.



Informationen • Nachrichten • Mitteilungen

der Bezirksgruppe Nordhessen
der Gewerkschaft der Polizei und der
PSG Polizei Service Gesellschaft mbH Hessen

für die Bereiche Kassel, Schwalm-Eder-Kreis,
Werra-Meißner-Kreis und Waldeck-Frankenberg

Herausgeber:

PSG Polizei Service Gesellschaft mbH Hessen
Wilhelmstraße 60a, 65183 Wiesbaden
Geschäftsführer: Heinrich R. Jud, Ppa. Jens Mohrher
(Landesvorsitzender GdP Hessen)

Verleger:

POLREPORT-Verlagsges. mbH für Öffentlichkeitsarbeit,
Kölner Straße 132, 57290 Neunkirchen
Geschäftsführer: H. R. Jud, B. Jud

Büro Frankfurt:

Seckbacher Landstraße 6, 60389 Frankfurt
Telefon (0 69) 7 89 16 52

Verantwortlich für den Anzeigenteil:

Andreas Jochum

Redaktion/Redaktionsanschrift:

Stefan Rüppel (V.i.S.d.P.), Volker Zeidler,
Simone Riese, Christoph Möhring
Bezirksgruppe Nordhessen der GdP,
Vorsitzender: Stefan Rüppel, Grüner Weg 33, 34117
Kassel, Tel. (05 61) 9 10 10 11, Fax 77 98 65

Druck und Verarbeitung:

Saxoprint GmbH, Enderstr. 92c, 01277 Dresden

Erscheinungsweise: 15.3. / 15.6. / 15.9. / 01.12.

Der Bezugspreis von € 2,60 ist im Mitgliedsbeitrag enthalten. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Gewähr für Rücksendung oder Veröffentlichung übernommen. Nachdruck aller Artikel, auch auszugsweise, nur mit Genehmigung der Redaktion gestattet. Kürzungen der Artikel bleiben vorbehalten; die mit Namen versehenen Beiträge stellen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion dar. Alle Artikel werden nach bestem Wissen, aber ohne Gewähr veröffentlicht. Abgedruckte Beiträge gehen in das Verfügungsrecht des Herausgebers über. Die Benutzung von Anschriften zu Werbezwecken ist untersagt und wird als Verstoß gegen die gesetzlichen Bestimmungen über unlauteren Wettbewerb (Gesetz vom 7.6.1909) bzw. als Verletzung des Urheberrechts (Gesetz vom 09.9.1965) strafrechtlich verfolgt. Auch ist die Benutzung von Ausschnitten zur Anzeigenwerbung untersagt.
Redaktionsschluss 1.2. / 1.5. / 1.8. / 1.11.

(ISSN 1433-0164)

Moderne, große und helle Räume sorgen dann für ein gutes Arbeitsklima. Die modernste Polizeiwache in Hessen wird dann in Waldau stehen, unter Berücksichtigung der aktuellen Sicherheitsrichtlinien und mit viel Platz.

Endlich raus aus dem „Katastrophenfall“ in der Leipziger Straße.

In Zukunft werden die Horrorberichte unserer Vertrauensleute Stephan (Hamster) und Markus sicher verstummen.

Wir wünschen allen Kolleginnen und Kollegen vom Polizei Revier Ost einen guten Start im neuen Gebäude! ■

Stefan Rüppel



WIR HELFEN WO WIR KÖNNEN

POLIZEIREVIER KASSEL OST UNTERSTÜTZT DEN AMBULANTEN KINDER- UND JUGENDHOSPIZDIENST KASSEL

Auch im Jahr 2022 konnten die Beamtinnen und Beamten des Polizeireviers Ost in Kassel den ambulanten Kinder- und Jugendhospizdienst Kassel-Nordhessen mit einer Geldspende unterstützen.

Diese liebgewonnene Tradition wurde im Jahr 2022 bereits zum 5. Mal fortgesetzt. Insgesamt kamen diesmal 800 € zusammen, die sich aus Spenden der Kolleginnen und Kollegen des Reviers und im Rahmen einer Fahrradcodieraktion der Dienstgruppe A, die im Sommer 2022 vor dem Revier stattfand, zusammensetzt. An diesem Tag spendeten einige Bürger, nachdem sie ihr Fahrrad codieren lassen konnten, freiwillig in die Spendenbox.

Aufgerundet wurde der Betrag durch eine großzügige Spende des Kollegen H. Wenzel.

Somit steigt der Gesamtbetrag aus allen fünf Jahren auf 2.625 € an.

Wir sind uns einig, dass diese Aktion auch 2023 fortgesetzt wird.

Frau Klein vom ambulanten Kinder- und Jugendhospizdienst bedankt sich bei allen Beteiligten und wünscht den Kolle-

gen und Kolleginnen samt ihren Familien ein gesundes Jahr 2023.

Im Rahmen eines Treffens nahm sie den Scheck in der Markthalle in Kassel aus den Händen von Revierleiter EPHK

Jörg Steiner und Organisator POK Stephan Röther gern entgegen. ■

Stephan Röther
KG Kassel



WIR HABEN ES VERDIENT

TARIFVERHANDLUNGEN IM ÖFFENTLICHEN DIENST HABEN BEGONNEN

Die Tarifrunde im Öffentlichen Dienst (TVöD und VKA – außer Hessen) steht an, davon betroffen sind auch ca. 3.200 Mitarbeiter der Stadtverwaltung Kassel, darunter auch zahlreich die Mitglieder der GdP Kreisgruppe Stadtverwaltung Kassel.

Die erste Runde der Verhandlung verlief, wie aus den Medien zu vernehmen

war, ergebnislos. Dabei war die Forderung von 10,5 % mehr Gehalt, mindestens 500 €, bei einer Laufzeit von 12 Monaten nicht mal utopisch.

Selbst die letzte Gehaltserhöhung in 2022 konnte den Reallohnverlust von 4,1% im letzten Jahr gegenüber 2021 nicht ausgleichen. Die Zahlen dafür dürften in diesem Jahr dafür sorgen, dass jede

größere Anschaffung gut zu überlegen ist. Für viele Familien der Angestellten im öffentlichen Dienst heißt es den Gürtel enger zu schnallen. Auch der verdiente Urlaub kann vom Umfang gekürzt werden, oder eine Reise schlicht ausfallen, weil die Strom- und Heizkosten exorbitant gestiegen sind, selbst wenn die Heizung kälter und das Kfz stehen bleibt. An den

gestiegenen Kosten der Lebensmittel und Wohnkosten kommt man nicht vorbei.

Dabei fehlen im öffentlichen Dienst immer mehr Stellen. Sie werden oft aus Mangel an Bewerbern nicht neu besetzt. Was ist los? Der Vorteil eines krisensicheren Arbeitsplatzes wird zum Arbeitsentgelt gemessen doch nicht so attraktiv gefunden? Das hört man so doch nicht wenige qualifiziert Kräfte sagen.

Wird die Effizienz von den vielen Kolleginnen und Kollegen aus der Verwaltung verkannt? Die gute und vielschichtige Ausbildung, mit der Berufserfahrung verschiedenster Aufgabengebiete? Den Eindruck gewinnt man schnell.

Haben wir nicht in den letzten Jahren deutlich gemacht, wie wertvoll unsere Arbeit ist? Corona! Wir hielten die Stange und den öffentlichen Dienst aufrecht. Auch wir hatten mit der schweren Lage zu tun. Trotz Erkrankungen, Problemen in der Kinderbetreuung und weiteren familiären und privaten Sorgen und Nöten. Der Öffentliche Dienst hat weitergemacht. Die unzähligen Kräfte haben kurzerhand, flexibel und mit vollem Einsatz gezeigt was möglich ist, wenn wir zusammenhalten.

Dann der furchtbare Krieg in der Ukraine. Die versprochenen Hilfen wurden von uns umgesetzt. Es wurden Unterkünfte quasi aus dem Nichts aufgebaut. Dazu der vielfältige private Einsatz. Ich erinnere an die Spendenaktion der GdP Be-

zirksgruppe. Auch hier sind die Mitglieder der Stadtverwaltung in großer Zahl vor und hinter den Kulissen dabei gewesen. Hier hielten wir zusammen. „Gemeinsam stark“ ist unser Motto!

Dieser Zusammenhalt ist es auch, der die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes jetzt bereit macht um Druck aufzubauen. Der Druck auf uns ist nämlich schon groß genug. Wenn es sein muss, dann auch mit Streik. Mal Druck ablassen!

Denn in vielen von uns ist dieser Druck schon vorhanden. Überstunden und Mehrarbeit. Die Aufgaben der Kolleginnen und Kollegen, die durch Rente und Krankheit ausfallen, müssen von den restlichen Beschäftigten aufgefangen werden. Überstunden, Wochenendarbeit usw. dies kostet Nerven und Substanz und Lebensqualität. Wenn dann noch die Kosten explodieren kommen viele an und auch über ihre Grenzen.

Kurz gesagt, wir krepeln die Ärmel hoch und fassen an. Genau dafür sind wir auch bereit bei unseren Vorstellungen zu einer angemessenen Lohnerhöhung zu stehen. Die Verantwortlichen der freien Wirtschaft hatten dies schon erkennen müssen. Die meisten Tarifabschlüsse wurden dort schon abgeschlossen.

Ich möchte mahndend daran erinnern, was passiert, wenn der öffentliche Dienst den Dienst einstellt. Nach kurzer Zeit liegt der Müll deutlich sichtbar auf den

Straßen. Selbst der Dienst der nicht gerade beliebten Verkehrsüberwachung wird schnell herbeigesehnt, wenn Falschparker Gehwege und Zufahrten verstopfen. Anträge brauchen deutlich länger in der Bearbeitung oder werden priorisiert bearbeitet, was schnell zu Problemen führen wird. Dies sind nur einige kleine Beispiele. Dann werden die Stimmen und die Rufe laut, wo sind die Leute die das sonst immer machen. Vielleicht wird man wach werden, wenn wieder Tausende mit ihren Fahnen und Trillerpfeifen durch die Innenstadt ziehen und streiken.

Einige Male hatte ich es schon erlebt, dass bei solchen Streiks plötzlich Bürger zu einem kommen und solidarisch zustimmen. Weil wir Recht hatten, weil wir gute Arbeit machen. Weil wir es verdient haben auch finanziell eine gute Wertschätzung zu erfahren.

In diesem Sinn bitte ich euch, sich uns anzuschließen. Ihr könnt auch jetzt noch in die Gewerkschaft eintreten oder Kolleginnen und Kollegen darüber informieren. Wenn ihr es euch wert seid, ihr seid es uns auf jeden Fall. Denn wir kämpfen auch für alle, die nicht in einer Gewerkschaft organisiert sind. ■

Thorsten Raasch
KG Stadtverwaltung Kassel

HÖHEPUNKT DER GEWERKSCHAFTSARBEIT

300 GÄSTE BEI GDP-STERN-VERLEIHUNG

ZDF Fernsehstar Star Sanna Englund von der Vorabendserie Notruf Hafenkannte und der amtierende Oberbürgermeister der Stadt Kassel, Christian Geselle, wurden für ihr Engagement rund um den Polizeiberuf geehrt. Die ca. 300 Gäste der Veranstaltung erlebten ein Feuerwerk der Emotionen.

„Ich bin einer von Euch“, sagte der sichtlich von der Auszeichnung imponierte Kasseler Oberbürgermeister, der als ehemaliger Polizist auch aktives Mitglied unserer GdP ist. Schauspielerin Sanna Englund postet wenige Tage nach der Ehrung auf Instagramm „@gdp_nordhessen: Und ich bin immer noch überwältigt von der Ehre, den Ereignissen und dieser gelungenen Veranstaltung. So viel Emotionalität und Herzlichkeit hatte ich nicht

erwartet...Ihr seid einfach eine tolle Truppe und ich bin stolz auf diese Weise, eine von Euch zu sein!“

Doch fangen wir von vorn an und erläutern den Leserinnen und Lesern was der GdP-Stern eigentlich ist. Der GdP-Stern ist ein seit 1988 meist jährlich von der Kreisgruppe Kassel der Gewerkschaft der Polizei (GdP) verliehener Preis. Er zeichnet Persönlichkeiten aus, die sich für die Belange von Polizeibeschäftigten einsetzen oder aber durch die Darstellung der Polizeiarbeit in besonders authentischer und positiver Weise hervorheben. Waren es in den ersten Jahren vornehmlich hessische Politiker und Journalisten, so sind in den letzten zwei Jahrzehnten vorwiegend Schauspielerinnen und Autoren ausgezeichnet worden. Der Preis

hat mittlerweile bundesweite Bedeutung und wird medial wahrgenommen. Zu den Preisträgern gehören u.a. Hans Eichel (1993), Iris Berben (2000), Evelyn Hamann (2005), Ulrike Folkerts (2009), Rudi Cerne (2010), Nele Neuhaus (2016), Sebastian Fitzek (2021).

Auch der aktuelle GdP-Stern fand wieder in der schönen Baunataler Stadthalle statt. Unterhaltsam erfrischend moderiert wurde die Veranstaltung von der Kasseler Moderatorin Kerstin Leitschuh. Grußworte an die ca. 300 Gäste aus Landes- und Kommunalpolitik, Vertreter der GdP aber auch anderer DGB-Gewerkschaften, Polizeiführung des Polizeipräsidiums Nordhessen und den vielen aktiven und ehemaligen Bediensteten der nordhessischen Polizei und ihren Familien





und Angehörigen, hielten die Bürgermeisterin Manuela Strube, Stadt Baunatal und Heike Hofmann, Vizepräsidentin des Hessischen Landtages.

Bevor es zur eigentlichen Verleihung kam, gaben Lars Elsebach und Stefan Rüppel einen vergnüglichen Rückblick auf die Historie des GdP-Stern. Sie erlaubten dem Auditorium viele interessante Einblicke in die Entwicklung dieser Auszeichnung und unterhielten das große Publikum mit amüsanten Anekdoten rund um den GdP-Stern. Dabei bewiesen beide GdP-Spitzengewerkschaftler, dass sie nicht allein im Streifenwagen oder am Schreibtisch als hauptamtlicher Personalrat wissen was sie tun, sondern auch auf der Bühne vor einem großen Publikum eine gute Figur abgeben.

Eine gelungene professionelle musikalische Begleitung bescherte das Duo „Two Simple“. Höhepunkt der Programmpunkte war, zumindest in akrobatischer Hinsicht, der beeindruckende Auftritt der Sportakrobatikgruppe vom SVH Kassel. Mit Standing Ovations sind die jungen Sportlerinnen vom Publikum für ihren gelungenen Auftritt entlohnt worden. Dass unter den Tänzerinnen aktuelle Weltmeisterschaftsteilnehmerinnen waren, verwundert im Nachhinein nicht. Ich gehe aber davon aus, dass der Autor nicht der Einzige ist der über diese Qualität des Tanzsports in der Kassler Jugend erstaunt ist.

Doch nun zu den Preisträgern: „*Krönung für TV-Kommissarin*“ so titelte die HNA am Folgetag der Verleihung. Gemeint ist Sanna Englund: „Seit 2007 – und damit seit der ersten Episode – verkörpern Sie die Polizeibeamtin Melanie Hansen in der Serie *Notruf Hafenkante*. Hierbei sind Sie für ein Millionenpublikum zu einer Sympathieträgerin für den Polizeiberuf geworden. Wie wichtig es für die Polizei in der aktuellen Zeit ist, unsere tägliche Arbeit durch eine Botschafterin wie Sie in positiver Weise in der Öffentlichkeit vertreten zu sehen, möchten wir mit diesem Preis zum Ausdruck bringen. Und genau diese Botschaft, nämlich, dass hinter jeder Polizeiuniform ein Mensch steckt, in einer Fernsehserie über einen Zeitraum von mehreren Jahren nachhaltig glaubwürdig zu transportieren, ist für die Kollegenschaft im täglichen Dienst von unschätzbarem Wert“, so Lars Elsebach, Vorsitzender der GdP Kreisgruppe Kassel, der die Laudatio für Sanna Englund hielt.

„Die Serie „*Notruf Hafenkante*“ zeigt in vielen Facetten die Vielseitigkeit des Polizeiberufs“ so Elsebach weiter, „... mit

all dem Licht und Schatten, der damit zusammenhängt. Sie greift in ihren Episoden ebenso gesellschaftskritische Themen wie Jugend- und Bandenkriminalität, Drogenmissbrauch und Prostitution auf, wie auch polizeikritische Themen wie illegale Datenabfrage vom Polizeicomputer oder Rassismuskorruptionen. Fest steht, dass Melanie Hansen es im Verlauf der Serie stets versteht, als Frau in ihrem Beruf zu überzeugen. Aber, bei all der Professionalität, welche im Charakter von Melanie Hansen mitschwingt, bleibt dem Zuschauer eines nie verborgen: Hinter der Uniform ist Melanie vor allem eines: Ein Mensch. Das Motto „Auch Mensch“ hat die Gewerkschaft der Polizei aufgegriffen, um unter anderem mit Plakaten, welche Polizisten halb in Uniform/halb in Zivil zeigen, ein Zeichen gegen Gewalt gegen Polizeibeamte zu setzen. Und genau diese Botschaft, nämlich dass hinter jeder Polizeiuniform ein Mensch steckt, in einer Fernsehserie über den Zeitraum von mehreren Jahren nachhaltig glaubwürdig zu transportieren, ist für die Kollegenschaft im täglichen Dienst von unschätzbarem Wert. Das Bild der Polizei in der Öffentlichkeit wird nicht zuletzt auch durch die filmische Darstellung unserer Arbeit beeinflusst und das mediale Interesse der Bürger ist gewaltig, wie man an den Einschaltquoten deutlich ablesen kann. Die positive Botschaft, welche durch eine Sympathieträgerin wie Sanna Englund hierbei übertragen wird, entfaltet ihre Wirkung somit auch in der Öffentlichkeit und hilft uns dadurch im täglichen Dienst bei der Arbeit für den Staat und die Bürger. Hierfür verdienen Sie unseren ausdrücklichen Dank!“, so der hauptverantwortliche Organisator des GdP-Stern, Lars Elsebach.

Die Laudatio auf den zweiten Preisträger, den Oberbürgermeister der Stadt Kassel – hielt BZG-Vorsitzender Stefan Rüppel: „Es war im Jahr 2017, wir unterhielten uns über die Problematik des Polizeireviers Ost und du gabst mir dein Wort, dass du dich, falls du Oberbürgermeister werden solltest, mit allen möglichen Kräften darum kümmern wolltest, ein neues Revier durch die Stadt Kassel bauen zu lassen.“

Wie die Leserinnen und Leser sehr wahrscheinlich wissen, war das derzeitige Revier Ost in Kassels, Leipziger Straße, in der Presse hessenweit als „Pannenrevier“ verschrien. Schimmelige Wände, ein undichtes Dach, Fäkalengeruch wegen dauerhaft verstopfter Abflüsse, fehlende Ga-

ragen für Funkwagen, die über Jahre im Winter unter Zelten stehen mussten, eine immer wieder defekte Heizung, Polizeischilder die nicht am Gebäude angehängen werden durften und Erotik-Werbung auf einem Werbeträger direkt vor dem Revier, waren neben einem ins Erdreich eingebrochenen Gehweg am Haupteingang nur ein Auszug aus dem Pannenregister. Diese Zustände waren und sind für ein Dienstgebäude, für eine Polizeidienststelle, nicht hinnehmbar und waren eine Odyssee für alle Polizeibeschäftigten, die in diesem Gebäude Dienst machten. „Das neue Revier Ost ist das modernste Polizeirevier in Hessen, es kann sich wirklich sehen lassen! Ohne dich, deinen Willen und deine Beharrlichkeit lieber Christian, wäre dies so nicht möglich gewesen.“ so Laudator Rüppel, der sichtbar stolz auf den Kampf um das neue Reviergebäude ist.

„Wir glauben, dass gerade an diesem Beispiel die gute Zusammenarbeit zwischen dir, der Stadt Kassel und der GdP, sowie dem Polizeipräsidium Nordhessen, die Verleihung des GdP-Sterns 2022 sehr gut begründet. Für die Kolleginnen und Kollegen der Stadtpolizei hast du moderne Fahrzeuge beschafft, das Personal so erhöht, dass auch für die Kollegen des Polizeipräsidiums eine echte Entlastung spürbar ist, da die Stadtpolizei nun im Schichtdienst auf ihrer neuen Dienststelle im Rathaus rund um die Uhr im Dienst ist. Auch hast du mit dazu beigetragen, dass es das Haus des Jugendrechts in Kassel gibt. Vor einem Jahr hast du die Ukrainehilfe der GdP Nordhessen mit der Finanzierung eines Transportes unterstützt. Auch die Wertschätzung, die du meinen Kolleginnen und Kollegen immer und bei jeder Gelegenheit zeigst, sind weitere gute Argumente für den GdP-Stern gewesen. So einen konstruktiven und lösungsorientierten Zugang in die Politik würden wir uns als GdP Hessen gerne auch an anderen Stellen wünschen...“, so Stefan Rüppel bei seiner Laudatio auf den 46-jährigen Christian Geselle.

Die Auszeichnung Gewerkschafter des Jahres hat Kollege und GdP-Mitglied Dogan Oenigk für seine Idee der Flüchtlingshilfe für die Kriegsflüchtlinge aus der Ukraine erhalten. Die emotionale und sehr sympathische Laudatio für diese Ehrung hat der pensionierte GdP-Kollege Jürgen Pfliegensdörfer gehalten.

Zum Hintergrund: Dogan Oenigk hat nur wenige Tage nach Ausbruch des Krieges in der Ukraine im Jahr 2022, gemeinsam mit den Maltesern in Kassel die Idee

einer Hilfe für die vielen Kriegsflüchtlinge aus der Ukraine gehabt. Mit seiner selbstlosen und aufopfernden Hilfsbereitschaft war es Dogan Oenigk, der mit dieser Idee, die von der GdP rund um den ebenfalls selbstlos und hingebungsvoll handelnden Stefan Rüppel, organisierte Flüchtlingshilfe für die Menschen aus der Ukraine ins Leben gerufen hat. Dogan selbst hat den ersten von vielen weiteren Transportern

mit Hilfsgütern ins Grenzgebiet an der polnisch-ukrainischen Grenze gefahren. Hierbei hat er für alle weiteren Transportfahrten Pionierarbeit geleistet. Neben der Laudatio von Jürgen Pfliegensdörfer, der diese erste Fahrt gemeinsam mit Dogan Oenigk bestritten hat, waren es wohl die Worte von Dogan selbst, nach Überreichung der Auszeichnung – die den emotionalen Höhepunkt des Abends dargestellt

haben. Dogan, mit deinen Worten hast du viele, wenn nicht alle 300 Gäste tief berührt. Deine Wertevorstellungen, deine Hilfsbereitschaft, deine Menschlichkeit hat an diesem Abend begeistert und ist als Geist der Inspiration im Gedächtnis vieler Gäste geblieben. ■

Christoph Möhring
stellv. Vorsitzender GdP Nordhessen

WENN ABSCHIED WEH TUT

SIMONE RIESE GEHT NACH 46 JAHREN BEIM LAND HESSEN IN RENTE

Mit Simone Riese verabschiedete Herr Polizeipräsident Stelzenbach im Rahmen ihrer letzten Personalratssitzung Ende Dezember 2022 eine Stütze der GdP Nordhessen in die wohlverdiente Rente. Vor der Personalratssitzung hatte Simone alle Mitglieder des Gremiums zu einem Frühstück eingeladen.

Herr Stelzenbach würdigte mit einem Blick auf Simones Personalakte ihre Jahrzehnte bei der hessischen Polizei und wünschte ihr für die Rentenzeit eine lange Gesundheit und alles Gute!

Simone war nach Auflösung der Polizei beim Regierungspräsidium zum PP Nordhessen gekommen. Hier war sie seitdem als Tarifangestellte im Personalratsbüro im Geschäftszimmer beschäftigt. Die letzten drei Wahlperioden war sie auch mit einer halben Stelle im Personalrat als Personalrätin für den Tarifbereich freigestellt. Die halbe Freistellung teilte sich Simone über die Jahre mit Iris Icke.

Simone war immer sehr gut informiert in allen Fragen des TV-H und konnte vielen Tarifbeschäftigten gut helfen. Für den Personalrat deckte sie überwiegend die Vorstellungsgespräche für Neueinstellungen ab.

Selbst habe ich mit Simone seit Mai 2012 im Personalratsbüro zusammengearbeitet. Simone war immer sehr gründlich und fleißig, eine große Hilfe die wir nun verabschiedet haben.

Für die GdP war Simone in unterschiedlichsten Funktionen im Ehrenamt. Sie war im Vorstand der Bezirksgruppe tarifpolitische Sprecherin, sie führte die Handkasse der Kreisgruppe Kassel und der Bezirksgruppe und organisierte seit vielen Jahren mit Volker Zeidler die Seniorenfahrten und Wanderungen.

Auch mit dem Eintritt in ihre Rente ist Simone weiter bereit, für die GdP Nordhessen die organisatorische Seniorenarbeit mit dem Seniorenvorstand der Bezirksgruppe Nordhessen weiter zu führen.

Dafür sind wir alle sehr dankbar! Ihr könnt Simone im Ruhestand mit Fragen zum Mitgliederbestand, Seniorengruppe und den Aktivitäten dort unter:

Simone.Riese.gdp@web.de erreichen.

Liebe Simone, für die 10 Jahre Zusammenarbeit möchte ich mich hier auch noch einmal ganz herzlich bei dir bedanken. Es hat mir immer Spaß gemacht – wir werden dich sehr im Personalratsbüro vermissen.



Simone Riese mit PP Stelzenbach

Danke, dass du jetzt in die Seniorengruppe Nordhessen gewechselt hast und dich dort weiter einbringst! ■

Stefan Rüppel

ES IST SOWEIT – SIMONE RIESE NIMMT ABSCHIED VOM DIENST



Mein Name ist Simone Riese, ich bin 64 Jahre alt.

Als gebürtige Nordhessin war ich seit 43 Jahren bei der Hessischen Polizei im Angestelltenverhältnis tätig.

Angefangen habe ich 1979 als „Fräulein Lauterbach“, noch „bewaffnet“ mit Ste-noblock und Bleistift, im damaligen Dezernat Polizei bei der Einsatzleitung der Kriminalpolizei im Regierungspräsidium Kassel und bin dann 2001 durch die Organisationsreform zum Polizeipräsidium Nordhessen gekommen. Im Laufe dieser vielen Jahre habe ich in verschiedenen

Organisationseinheiten in Geschäftszimmern gearbeitet und alle Entwicklungen von der mechanischen Schreibmaschine hin zur digitalen Büroarbeit mit PC und immer neuer Software mitgemacht.

Seit 2001 war ich im Geschäftszimmer des Personalrates tätig und auch seit vielen Jahren gewähltes Mitglied des Per-

sonalrates. Dafür wurde ich auch zuletzt mit 50 % meiner Arbeitszeit freigestellt.

Die folgenden Fragen stellte mir der Landesvorstand:

Seit wann arbeitest Du aktiv in der GdP mit und was war Deine Motivation, Dich gewerkschaftlich zu engagieren?

Eine Mitgliedschaft in der GdP als meine Berufsvertretung war für mich von Anfang an selbstverständlich. Aktiv in der Gewerkschaftsarbeit bin ich eigentlich so lange ich denken kann. Als Büroangestellte wurde man gerne in die Vorstände als Schriftführerin geholt, was ich auch gerne übernommen habe. Ich wollte auch immer über alles informiert sein, da habe ich eine natürliche Neugier.

Wo liegen die Schwerpunkte in der Gewerkschaftsarbeit?

Als Tarifangestellte liegen natürlich meine Schwerpunkte in der Tarifarbeit. Ich bin Mitglied in der Tarifkommission und Sprecher der Tarifangestellten in der Bezirksgruppe Nordhessen. Als freigestelltes Personalratsmitglied verstehe ich mich auch als Vertraute und Vertreterin für die Beschäftigten in Fragen des TV-H.

Wie hast Du die GdP früher erlebt und wie erlebst Du sie jetzt, hat sich etwas an den politischen Schwerpunkten und der Ausrichtung der GdP geändert?

Die GdP kämpft schon immer zum Wohle der Beschäftigten und macht auf Missstände aufmerksam. Sie legt oft „den Finger in die Wunde“. Aber es sind oft lange Verhandlungen nötig, bis sich etwas ändert. Der Spruch „Dicke Bretter müssen lange gebohrt werden“ fällt mir da als sehr passend ein. Die GdP ist das Sprachrohr der Beschäftigten und mischt sich ein, es müssen auch immer wieder Abwehrkämpfe geführt werden.

Gibt es, subjektiv betrachtet, Unterschiede zwischen Mann und Frau im täglichen Dienst und in der GdP?

Frauen sind nun mal in einigen Dingen anders als Männer. Das ist für mich eine Feststellung und ich sehe es positiv. So können sie sich ergänzen.

Die Bezahlung ist im Öffentlichen Dienst ja sehr transparent und für Männer und Frauen gleich. Natürlich haben immer noch mehr die Frauen durch die Familiengründung einen Knick in der Karriere. Die Elternzeiten und Teilzeitschäftigungen werden überwiegend von Frauen wahrgenommen. Da muss sich unsere Gesellschaft noch etwas entwickeln, was sie aber in den letzten Jahrzehnten auch schon hat.

In der GdP kann jeder aktiv werden, Männer und Frauen gleich, wobei mehr Männer doch eher an vorderster Front die „großen Reden schwingen“ (bitte verzeiht mir den Ausdruck).

Hast Du ein Motto, nach dem Du lebst und arbeitest?

Man wächst mit seinen Aufgaben. Ich stehe nicht so gerne im Vordergrund, unterstütze aber gerne mit meinen Fähigkeiten.

Hast Du gewerkschaftliche Ziele, die Du erreichen möchtest?

Ich gehe jetzt in Rente und werde mich noch in der Seniorenarbeit betätigen, weil ich den Kontakt zu den ehemaligen Kolleginnen und Kollegen nicht missen möchte.

Es macht einfach auch Spaß, noch Teil eines Teams zu sein.

Hast du einen Wunsch, den du in die GdP hereintragen möchtest?

Das Seminarangebot für den Tarifbereich könnte besser werden.

Was kannst Du anderen, vor allem jungen, Frauen mitgeben, damit diese sich gewerkschaftlich engagieren?

Ich würde mir wünschen, dass mehr junge Frauen und Männer aus dem Tarifbereich sich gewerkschaftlich engagieren. Da sind uns die Beamten und Beamtinnen weit voraus. Man muss sich einmischen, wenn man Dinge verändern möchte. Und ohne den Tarifbereich funktioniert die Gewerkschaft nun mal nicht, nur wir können streiken.

Wie gelingt es Dir, die Bereiche Arbeit, Familie und Gewerkschaftsarbeit „unter einen Hut zu bringen“?

Das ist nicht immer einfach, besonders wenn die Kinder klein sind. Da sind die Prioritäten anders gesetzt. Aber es kommt wieder die Zeit, wo es besser wird.

Wirst du von Deinem Partner/von Deiner Familie unterstützt für die ehrenamtliche Tätigkeit, wie ist deren Meinung dazu?

Natürlich muss ein Partner oder eine Partnerin dafür Verständnis aufbringen. Das war auch bei mir nicht immer leicht. Da muss man sich ein bisschen durchsetzen. Aber wenn es Spaß macht, fällt es einem leicht.

Bleibst du auch als Rentnerin Mitglied der GdP?

Na klar, ich sage erstmal tschüss aus dem aktiven Dienst. Da mir die Kontakte zu den GdP-Mitgliedern noch Freude bereiten, werde ich noch ehrenamtlich in der Mitgliederverwaltung und Seniorenarbeit für die Bezirksgruppe Nordhessen tätig bleiben. Auch habe ich mich schon bei der Wandergruppe angemeldet. Also dann, wir sehen uns bestimmt noch. ■

Simone Riese
KG Kassel

WENN ABSCHIED WEH TUT TEIL II

VERABSCHIEDUNG VON IRIS ICKE IN DEN RUHESTAND

Anfang Januar mussten wir dann auch noch unsere Kollegin Iris Icke in den Ruhestand verabschieden. Offiziell geht Iris erst Ende Februar in die Pension, jedoch um den Resturlaub, LAK und Überstunden nicht zu verschenken, war am 10.01.2023 der letzte Tag im Dienst.

Iris teilte sich mit Simone Riese über drei Perioden im Personalrat des Polizeipräsidiums Nordhessen eine halbe Stelle als Personalrätin. Sie vertrat im Gremi-

um oft Termine in der Polizeidirektion Schwalm-Eder und war immer Ansprechpartnerin im Personalratsbüro.

Am 10. Januar verabschiedete sich Iris im kleinen Kreis des Personalratsbüro, mit Uwe Kümmel, Pamela Maier und Jutta Angersbach und Herrn Polizeipräsidenten Stelzenbach im Fahnenraum des Präsidiums.

Herr Stelzenbach würdigte Iris über 40-jährige Laufbahn bei der hessischen

Polizei anhand ihrer Personalakte. Auch Lars Elsebach als Personalratsvorsitzender hielt eine Rede, in der er Iris Leben als Segelfahrt auf hoher See spannend nachzeichnete.

Für die GdP war Iris in unterschiedlichsten Funktionen im Ehrenamt tätig. Bis letztes Jahr war sie über viele Jahre Kreisgruppenvorsitzende in Melsungen, sie ist Jutta Angersbachs Stellvertreterin in der Frauengruppe Nordhessen und war

Nachrückerin im Landesvorstand der GdP Hessen sowie im Landesfrauenvorstand.



Das Amt der stellv. Frauengruppenvorsitzenden wird sie mit Monika Sadowski-Jacobi weiterhin für die GdP Nordhessen ausfüllen.

Mit Iris saß ich die letzten 10 Jahre in einem Doppelbüro im Personalrat. Für Iris war ich ihr „Büro-Gegenübersitzer“. Viele Höhen und Tiefen haben wir in unserer personalrätlichen und gewerkschaftlichen Arbeit gemeinsam durchlebt. Iris war sich nie zu schade, deutlich ihre Meinung zu sagen und auch wenn es mal nötig war, im Sturm stehen zu bleiben.

Liebe Iris, ich werde dich sehr vermissen! Danke, dass du deiner GdP Nordhessen in der Frauengruppe und Seniorengruppe erhalten bleibst. ■

Stefan Rüppel



Verabschiedung von Iris Icke durch PP Stelzenbach

PRESSEARTIKEL ZUR VERABSCHIEDUNG IRIS ICKE

AUSZUG AUS HESS. NIEDERSÄCHSISCHEN ALLGEMEINEN VOM 11.01.2023

Als Iris Icke ihre erste Ausstattung an Uniformen bekam, da gehörte dazu auch noch ein grüner Rock. Ein Rock mit Innentasche, an der sie zumindest theoretisch einen Schlagstock hätte befestigen können. Zu diesem Outfit gehörten auch noch schwarze Schuhe mit Absätzen und eine Handtasche. Hat sie diesen Rock jemals im Dienst getragen? „Ach Quatsch. Das wäre viel zu unbequem gewesen“, sagt die 59-jährige Polizeihauptkommissarin.

Iris Icke war eine der ersten Schutzfrauen bei der Polizei in Hessen. Heute wird sie nach 40 Jahren Dienst im Polizeipräsidium Nordhessen in Kassel in den Ruhestand verabschiedet.

„Mein Vater ist Polizist gewesen. Das wollte ich auch machen. Mein Vater wollte das aber nicht“, erzählt Icke, die aus Felsberg stammt und heute immer noch im Stadtteil Melgershausen auf einem Hof lebt. Sie setzte sich allerdings durch. Nach dem Abitur in Melsungen wollte sie als 19-Jährige eigentlich zur Kriminalpolizei gehen. Ab 1981 habe man das aber nicht mehr direkt machen können. Stattdessen durften ab diesem Zeitpunkt auch Frauen eine Ausbildung zur Schutzpolizistin absolvieren. Iris Icke gehörte zur zweiten Klasse, die überhaupt in Wiesbaden an der Polizeischule diese Ausbildung begann. Damals waren das noch reine Frauenklassen.

Dass sie bei der Schutzpolizei bleiben will, sei ihr schnell klar gewesen. Praktika auf dem Stadttrevier in Frankfurt und in Kelkheim hätten ihr große Freude bereitet. „Mein Motto ist immer gewesen: die Polizei, dein Freund und Helfer.“ Einmal durfte sie kurz bei der Kripo reinschnuppern und sich um Fahrraddiebstähle kümmern. Das sei nichts für sie gewesen. Zu trocken.

Nach der Ausbildung war sie ein Jahr im Schichtdienst in Bad Homburg. Dann bekam sie das Angebot, nach Kassel zur Bereitschaftspolizei zu gehen, um dort in den mittlerweile gemischten Klassen den Polizeinachwuchs in Waffenkunde und Einsatzkunde zu unterrichten. Die Vorgesetzten hätten unbedingt auch eine Polizistin als Lehrkraft haben wollen, damit die Polizeischülerinnen eine Ansprechpartnerin gehabt hätten, wenn sie ihre Periode bekommen. „Das war verrückt, lieber Himmel“, sagt Iris Icke rückblickend.

Damals war sie die einzige Gruppenführerin neben 20 Männern bei der Bereitschaftspolizei. Die Männer hätten am Anfang dumme Witze gemacht. „Da habe ich dann einfach gekontert.“ Ihr Vorgesetzter sei deshalb enttäuscht gewesen, erinnert sich Icke. „Er hat zu mir gesagt: Ich dachte, der Ton würde sich ändern, wenn Frauen zu uns kommen. Du bist ja genauso wie die Männer. Wenn ich damals nur rot geworden wäre, wäre ich von

den Kollegen nicht akzeptiert worden. Man muss auch seine Frau stehen.“

Frauen in der Schutzpolizei hätten vor 40 Jahren nicht nur für Zweifel bei einigen männlichen Kollegen gesorgt, sondern auch Ängste bei deren Ehefrauen ausgelöst. Was passiert, wenn die zusammen Streife fahren? Die Furcht vor Affären im Dienst sei groß gewesen.

Am Anfang ihrer Laufbahn hat Iris Icke, die 1987 geheiratet hat, 1988 einen Sohn und 1993 eine Tochter bekam, wiederholt feststellen können, dass Schutzpolizistinnen auch für einen Überraschungseffekt sorgen konnten. Schläger seien plötzlich lammfromm gewesen, wenn sie einer Frau in Uniform gegenüberstanden hätten.

Das habe sich leider geändert. Heutzutage würden Polizistinnen nicht selten im Dienst vulgär beschimpft. Diese Erfahrung hat Icke, die von 1996 bis 2012 bei der Polizeistation Melsungen als Schutzfrau tätig war, auch dort machen müssen. Der Respekt gegenüber den Kollegen, ob Frau oder Mann, nehme immer weiter ab, sagt die 1,78 Meter große Frau.

Nichtsdestotrotz habe ihr die Arbeit immer große Freude bereitet, sagt die 59-Jährige. Der Dienst habe sie in gewisser Weise aber auch abgehärtet.

Durch das Leid, das sie mitunter erlebt hat, habe sie ihr eigenes Schicksal wahrscheinlich auch besser meistern können. 1998 starb der Mann von Iris Icke. 2015

verlor sie ihren damaligen Lebensgefährten.

Iris Icke hat sich auch immer in der Gewerkschaft der Polizei (GdP) engagiert, sie war Vorsitzende der Kreisgruppe Mellungen. 2012 wurde sie für den Personalrat freigestellt und hat seitdem ihren

Arbeitsplatz im Polizeipräsidium Nordhessen gehabt. „Ich bin jemand, der sich immer gern für die Belange der Kollegen eingesetzt hat“, sagt Icke.

Es sei jetzt schon ein komisches Gefühl, nach 40 Jahren die Dienstwaffe abzugeben, sagt Icke. Künftig wird ihr aber

auch nicht langweilig werden. Sie verkauft jetzt „Ahle Wurst“ im Hofladen der Familie. ■

Ulrike Pflüger-Scherb
HNA Hessische/Niedersächsische
Allgemeine

EIN NEUES GESICHT IM PERSONALRATSBÜRO

ANDREA BAUMGARDT IN DER FREISTELLUNG FÜR DEN TARIFBEREICH

Die GdP Nordhessen begrüßt Andrea Baumgardt in der Freistellung als Personalrätin.

Mit dem Ruhestand von Simone Riese Ende Dezember und der Pensionierung von Iris Icke Ende Februar musste die bislang von beiden Frauen geteilte Freistellung im Personalratsbüro neu besetzt werden.

Da Claudia Wachefeld als Nummer eins auf der GdP-Liste der weiblichen Tarifangestellten nicht in die Freistellung wollte, wurde Andrea Baumgardt auf Platz drei unserer Liste gefragt. Auf Platz zwei stand über viele Jahre Simone Riese.

Wir konnten Andrea, die die letzten Jahre bei der Wachpolizei im Polizeipräsidium Nordhessen in der Schicht gearbeitet hatte, überzeugen hier für alle Tarifbeschäftigten etwas bewirken zu können.

Andrea ist gelernte Erzieherin und arbeitete vor der Wachpolizei mit schwerbehinderten Erwachsenen in einer Tagesförderung. Auch war sie als Erzieherin ein Jahr in der Frauenvollzugsanstalt Frankfurt beschäftigt bevor sie 2002 zur Wachpolizei nach Frankfurt kam. Im Jahr 2016 gelang dann endlich die Chance innerhalb der Wachpolizei von Frankfurt nach Nordhessen zu wechseln. Von 2017 bis 2019 war Andrea Teil des Teams der zentralen Datenstation Hessen bei Z15, um dann wieder zurück in die Wachpolizei zu gehen. Sie hat also schon einige Bereiche in der Polizei selbst kennengelernt.

Herr Polizeipräsident Stelzenbach ermöglichte eine zweimonatige Hospitation und Einarbeitung durch Simone Riese. Somit konnte Andrea offiziell durch das Gremium des Personalrates in der letzten Dezembersitzung in die Freistellung einstimmig gewählt werden.

Andrea übernimmt nun Simonas Bereiche in der täglichen Arbeit und betreut die Tarifbeschäftigten im PP Nordhessen.

Die GdP Bezirksgruppe Nordhessen hat sie ebenfalls im Dezember als Nachfolgerin von Simone Riese als Tarifpolitische Sprecherin gewählt. Mitte Februar wird Andrea zudem als Landesfrauenvorsitzende der GdP Hessen gewählt. Herzlichen Glückwunsch!

Wir freuen uns auf die Zusammenarbeit in den nächsten Jahren! ■

Stefan Rüppel



Übergabe des Personalratsamtes von Simone Riese (li.) an Andrea Baumgardt (re.)

**Gemeinsam
sind wir stark -
darum GdP!**



**Gewerkschaft
der Polizei**

www.gdp.de/hessen

RUCKZUCK EIN HOHES AMT

NEUE LANDESFRAUENVORSITZENDE AUS NORDHESSEN

Im Februar fand in Mücke eine Landesfrauenvorstandssitzung der GdP statt. Der Rücktritt von Heike Frei, unserer Landesfrauenvorsitzenden, machte es erforderlich eine Nachfolgerin zu wählen. Die Kollegin Andrea Baumgardt hat sich bereit erklärt, sich zur Wahl zu stellen und wurde einstimmig als neue „Vorsitzende der GdP Frauengruppe Hessen“ gewählt. Andrea ist Wachpolizistin im Polizeipräsidium Nordhessen und seit 1.1.2023 als Personalrätin freigestellt.

Wir gratulieren ihr ganz herzlich zu dieser Wahl und freuen uns sehr, dass sie uns und unsere Interessen in der GdP vertreten wird.

Auf gute Zusammenarbeit, alles Gute und gutes Gelingen, liebe Andrea. ■

Iris Icke
BZG Nordhessen

**Karsten Bech gratuliert
Andrea Baumgardt zur Wahl**



*„Wir kämpfen
für Eure
Interessen!“*



**Gewerkschaft
der Polizei**

www.gdp.de/hessen

WIR MÜSSEN WACHSAM SEIN!

2023 – 90. JAHRESTAG DER MACHTERGREIFUNG DURCH DIE NAZIS

Vor 90 Jahren übernahmen die Nationalsozialisten die Macht in Deutschland – mit schrecklichen Folgen. Eine der Lehren für heute lautet, wachsam zu sein, sagte der Historiker und Leiter des Instituts für Zeitgeschichte München – Berlin, Andreas Wirsching. „Demokrati- en müssen aktiv verteidigt werden.“ In diesem Kontext gab es im Januar einen weiteren bedeutenden Gedenktag, den Internationalen Tag des Gedenkens an die Opfer des Holocaust – am 27. Januar.

Wirsching hat anlässlich des 90. Jahrestages der Machtergreifung neueste Forschungsansätze publiziert. Interessant für uns als Polizei sind hierbei die Mechanismen die 1933 im Hintergrund abliefen. „Dadurch, dass die Nazis erfolgreich glauben machten, es habe sich um eine legale Machtübernahme gehandelt, konnten sie

auch die Justiz und die Exekutive, also die Polizei und die Verwaltung, hinter sich bringen. Die (...) haben sich sofort von den Nazis in den Dienst nehmen lassen – weil sie glaubten, oder glauben wollten, dass sie völlig rechtmäßig handeln...“

Vielen Leserinnen und Lesern wird nicht präsent sein, welche verheerende Rolle die deutsche Polizei in Zusammenhang mit dem Holocaust einnahm. Seit einer GdP-Bildungswoche zu diesem Thema ist der Autor davon überzeugt, dass die Auseinandersetzung „der Rolle der Polizei im Nationalsozialismus“, auf den Ausbildungs-/Studienplan eines jeden Polizeischülers in Deutschland gehört! Daher setze ich mich in meiner Rolle als Gewerkschaftler dafür ein, dass dieses Thema seitens der Polizeischulen aufgenommen wird und auch wir als Gewerkschaft selbst unserem Bildungsauftrag

nachkommen und uns diesem, zugegebenermaßen vielleicht unbequemen, aber doch so unendlich wichtigen Themas annehmen.

Doch zurück zu den interessanten Ausführungen des Historikers Wirsching. Ihm zufolge lautet die Lehre aus 1933: „Wir müssen wachsam sein, und zwar rechtzeitig. Dafür müssen wir Gefährdungen der Demokratie zunächst einmal erkennen und ihnen dann entgegentreten, solange die Rechte dafür gegeben sind. Wir sind gefordert, Gegnern der Demokratie gewaltfrei entgegentreten und einfach den Rechtsstaat und die Demokratie aktiv zu verteidigen. Denn wenn die Freiheit erst einmal verloren ist – wie etwa in Russland heute –, dann ist es extrem schwierig, noch etwas zu unternehmen.“ Zu den aufstrebenden rechtsgerichteten Parteien in vielen Ländern Europas führt

Wirsching aus: "Wir leben in einer Zeit, die in gewisser Weise vergleichbar ist mit den 1920er- und 1930er-Jahren. Es besteht auch heute offenkundig das Bedürfnis, eine komplexe Welt zu reduzieren, einfache Antworten zu geben und Freund-Feind-Gegensätze aufzubauen. Das kann auch der vermeintliche Gegensatz zwischen „Wir, das Volk“ und den „korrupten Eliten“ sein. Und in solchen Zeiten wächst die Sehnsucht nach jemandem, der einfach gordische Knoten durchschlägt und sagt: „So ist es.“

Daraus resultiert die Frage, wie kann man, wie können auch wir als Gewerkschaft und somit Teil der Gesellschaftspolitik die Demokratie stärken?

Wirsching führt in diesem Kontext aus: „Meines Erachtens ist es wichtig, dass wir neue partizipatorische Elemente finden. Da sind zum Beispiel die Parteien aufgefordert, sich stärker in die Gesellschaft zu öffnen, deren Stimme noch besser zu hören und auch zu integrieren. In den USA beispielsweise wird die Washingtoner Elite von vielen gehasst, weil sie als abgehoben erscheint. Und das ist natürlich auch in Deutschland ein Standardargument der AfD. Durch mehr Partizipation verbessert sich auch die Problemlösungsfähigkeit: Wenn die Amts- und Mandatsträger noch besser Bescheid wissen, was die Leute wirklich bewegt und was ihre Probleme sind, dann steigt die Chance, dass sie zielführender an die Probleme rangehen, als das manchmal vielleicht der Fall ist.“

Zum Geschichtlichen Hintergrund:

Dem nationalsozialistischen Völkermord fielen 5,6 bis 6,3 Millionen europäische Juden zum Opfer. Deutsche und ihre Helfer führten ihn von 1941 bis 1945 systematisch, ab 1942 auch mit industriellen Methoden durch, mit dem Ziel, alle Juden im deutschen Machtbereich zu vernichten. Dieses Menschheitsverbre-

chen gründete auf dem staatlich propagierten Antisemitismus und der entsprechenden rassistischen Gesetzgebung des NS-Regimes. In der NS-Ideologie wurde der Völkermord an den Juden seit dem Überfall auf Polen als „Vernichtung lebensunwerten Lebens“ gerechtfertigt und mit den NS-Krankmorden und der Kinder-„Euthanasie“ auf eine Stufe gestellt. Der endgültige Entschluss zur Ermordung aller Juden fiel in engem Zusammenhang mit dem Vernichtungskrieg gegen die UdSSR ab dem Sommer 1941.

Besonders wissenswert in diesem Zusammenhang ist, dass der Holocaust kein Projekt einer Einzelbehörde war. Vielmehr wurde er nicht nur von bestimmten dazu beauftragten Tätern durchgeführt, sondern von vielen Institutionen aller deutschen Gesellschaftsbereiche ermöglicht, mitgetragen, geplant, organisiert und vollzogen. Historiker gehen heute, nach Recherchen des Autors, von bis zu 500.000 an den Judenmorden Beteiligten aus.

Gerade für uns als Polizeibeschäftigte interessant zu wissen, die Gestapo, Ordnungs-, Sicherheits- und Kriminalpolizei, sollten möglichst alle „Reichs- und Volksfeinde“ aufspüren, überwachen und „ausschalten“ und wirkten dabei mit der SS zusammen.

Es war das Personal vieler Staats- und Verwaltungsbehörden, die mit Gesetzen, Verordnungen, Verwaltungsakten und konkreten Maßnahmen an der Judenverfolgung, -ausgrenzung, -deportation und -vernichtung mitwirkten.

Die unvorstellbaren Zahlen von Opfern, die in diesem Artikel genannt werden, die nicht nachvollziehbaren Qualen und Leiden der vielen Kinder, Frauen und Männer, sollten uns auch im Jahr 2023 gegenwärtiger denn je sein! Auch wir als Polizeibeschäftigte haben im „Hier und

Jetzt“ den gesellschaftlichen Auftrag, Rassismus, Ausgrenzung und Antisemitismus entschieden und entschlossen entgegenzutreten. Die Geschehnisse um den Mord an Walter Lübcke im Jahr 2019 in Kassel und die Anschläge von Halle und Hanau zeigen exemplarisch, auf traurige und schockierende Art und Weise, dass die demokratischen, friedlichen Errungenschaften unseres Landes stets weiter verteidigt werden müssen. Alarmierend und beschämend zugleich, dass die antisemitischen Vorfälle in Deutschland wieder steigen. Dies zeigen Zahlen, die das ZDF im Jahr 2020 bereits veröffentlichte. Demnach sind laut einem Bericht der Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus (Rias), auch im zeitlichen Zusammenhang mit der Corona-Krise Anfeindungen, Übergriffe und Verschwörungstheorien gegen jüdische Mitbürgerinnen und Mitbürger in der Bundesrepublik vermehrt festzustellen.

Die gesamte Gesellschaft ist gefragt, die Erinnerungskultur mit Leben zu füllen und die Grundwerte unseres Landes, allen voran dem so wertvollen Grundgedanken unseres Grundgesetzes: „Die Würde des Menschen ist unantastbar“ Rechnung zu tragen und die Demokratie zu schützen. Die demokratischen, friedlichen Errungenschaften unseres Landes müssen jeden Tag aufs Neue weiter verteidigt werden und sind leider nie selbstverständlich. Daher ist die Erinnerungskultur und alles was daraus erwächst, aus meiner Sicht auch ein elementarer Bestandteil der Bildungsaufgabe der deutschen Gewerkschaften.

In diesem Sinne: Seien wir alle gemeinsam wachsam! ■

Christoph Möhring
stellv. Vorsitzender GdP Nordhessen

„KLARTEXT“ – MEINE MEINUNG

LESERBRIEF EINES WACHPOLIZISTEN

Ich habe gerade den Beitrag zu den Engpässen im Bereich Personalstärke und Bezahlung innerhalb der hessischen Polizei der GdP gelesen.

Um es vorweg zu nehmen: Ich fühlte mich persönlich und gewerkschaftlich nie so gut vertreten, wie aktuell. Es ist genau wie Kollege Mohrherr es sagt.

Tatsächlich hat das Land nicht begriffen, dass es nicht nur in Sachen der Arbeitsbelastung durch neue Probleme massiv angezogen hat.

Tuner und Poser, Milieu- und Clan-kriminalität, Kinder- und Jugendpornografie, politisch und religiös motivierte Straftaten, Cyberkriminalität, QEZ, NIT

und nebenbei noch der ganz alltägliche Dienst. Wir reden hier nicht allein von der körperlichen Belastung.

Jens Mohrherr hat als gutes Beispiel die ermittelnden Kollegen im Bereich der Kinderpornografie hervorgehoben. Diese sind verständlicherweise besonders hoher psychischer Belastung ausgesetzt.

Wie sollen sich die Kollegen denn bitte jemals regenerieren, wenn sie in einen der tiefsten menschlichen Abgründe blicken müssen und selbst Familienväter/-mütter sind? Wollen wir wirklich die Falldaten auf das Personal umrechnen? Wie viele Datensätze auf einen Kollegen sind denn zumutbar bevor hier gehandelt wird?

Aber auch der Streifendienst kränkelt. Die Kollegen verbringen mittlerweile mehr Zeit mit Schreibearbeit und Anzeigenaufnahme als mit Präsenz auf der Straße. Immer mehr „Kleinigkeiten“ wie beispielsweise Verkehrskontrollen, das einfache Bürgergespräch oder die Präventivstreife bleiben also auf der Strecke. Aber gerade dieser Teil des Alltags ist nicht unwichtig. Besonders das unverfängliche Bürgergespräch, jahrelang Bestandteil der Polizeiarbeit und Bindeglied der Akzeptanz der Polizeiarbeit in der Bürgerschaft, hat stark gelitten. Was das bedeutet, das merken wir tagtäglich auf der Straße.

Dass sich das Land nun hinstellt und auf eine Rekordinvestition verweist, ist auch legitim. Jetzt das große ABER: Jahrelang wurden Polizei und Justiz kaputtgespart und zusammengestrichen. Jetzt versucht man verzweifelt dagegenzusteuern. Der Beruf wird immer unattraktiver, die Bezahlung und das Ansehen in der Bevölkerung immer geringer.

Und mal ehrlich, was sind 250 „neue“ Stellen hessenweit, wenn der Großteil davon im Büro verschwindet, weil wir nur noch nacharbeiten aber nicht mehr agieren können?

Wir brauchen Kollegen und Kolleginnen auf der Straße, um die Sachbearbeitung unter Kontrolle zu bringen! Prävention ist durch nichts, aber auch gar nichts zu ersetzen und die beginnt mit der sichtbaren Präsenz auf der Straße – eine einfache aber wirkungsvolle Maßnahme.

Das Land Hessen hat bis heute nicht begriffen, dass wir nicht nur mit 15 Landespolizeien und dem Bund in Konkurrenz stehen, sondern auch mit der freien Wirtschaft.

Deshalb frage ich weiter: Warum sollte der Nachwuchs auf gut Deutsch „den Arsch hinhalten“, wenn ich in der freien Wirtschaft deutlich mehr verdienen kann, bei einem Mehr an (flexibler) Freizeit? Warum sollte ich zur hessischen Polizei wechseln, wenn ich beim Bund oder in Sachsen im Mittleren Dienst so viel verdiene wie ein POK in Hessen? Oder der POK in NRW, der vorab schon 200 € mehr hat als der Kollege mit demselben Dienstgrad und auch noch eine Pflichtbe-

förderung zum PHK vor Augen? Warum müssen denn Standards gesenkt und das Alter angehoben werden um Nachwuchs zu generieren? Warum hat man nicht wenigstens den Weg Sachsens in Erwägung gezogen und den Wachpolizisten angeboten, diese in Verbindung mit einem verkürzten Intensivstudium ins Beamtenverhältnis zu übernehmen? Klar, nicht jeder Wachpolizist hätte sich darauf eingelassen, Angestellte haben mehr Rechte. Sie können, müssen aber nicht. Wäre diese Überlegung dennoch nicht mehr als folgerichtig? Immerhin haben diese bereits mehrjährige Grunderfahrung, sind beruflich und menschlich gefestigt und quasi sofort verfügbar. Tatsächlich ist hier Bewerbungsvoraussetzung, wie für die Beamtenlaufbahn inzwischen auch, eine Berufsausbildung und ausreichende Berufserfahrung. Was nicht schlecht sein muss, sondern oft im Gegenteil Vorteile bringt.

Weiter stellt das Land Hessen sich hin und verweist auf acht Prozent mehr Lohn in den kommenden beiden Jahren. Die Wahrheit ist doch, dass dieses Geld den Kollegen und Kolleginnen zusteht und das Land diese acht Prozent nur zahlt, weil Gerichte festgestellt haben was ein offenes Geheimnis war. **Die Beamten in Hessen sind seit Jahren unterbezahlt und müssen angemessen besoldet werden.**

Wäre es denn auch dazu gekommen ohne diese Klage liebe Landesregierung?

Auch die Anmerkung über die Tarifbeschäftigten möchte ich als Angestellter im Polizeidienst nicht unkommentiert lassen. Die Lohnerhöhungen im öffentlichen Dienst sind seit Jahren, im Vergleich zur privaten Wirtschaft, deutlich geringer ausgefallen. Mal ehrlich, 130 € brutto mehr für knapp 3 Jahre? Macht bei 160 Stunden im Monat ein Plus von 81 Cent die Stunde, aber erst ab April 2023... Stellt dies wirklich einen Anreiz zur Gewinnung des dringend benötigten Nachwuchses dar? Wie hätte wohl ein Herr Weselsky seinen Gewerkschaftsmitgliedern diesen „fairen“ Deal präsentiert? Ich bin in der EG 8 eingruppiert, viel Geld blieb nie übrig, seit der massiven Inflation im Jahr 2022 grenzt es an einen Überlebenskampf, Monat für Monat. Wie geht es wohl denen, die viel niedriger eingestuft sind?

Ein Angestellter geht – nach aktuellem Stand – mit 67 Jahren bei 48 % seines durchschnittlichen brutto in Rente und muss, will er nicht auf Sozialhilfeniveau leben, noch privat vorsorgen. Wie soll das bitte funktionieren?

Liebes Land, mit Blick auf die nächsten Tarifverhandlungen möchte ich sagen, dass eine Lohnerhöhung um mindestens 500 € brutto und die Pflichtbeförderung zum PHK bei gleichzeitiger Anrechnung der polizeilichen Zulage auf die Pensionsansprüche durchaus angemessen wären, von einer Einmalzahlung ganz zu schweigen und vielleicht, als kleine Wertschätzung, einen zusätzlichen Urlaubstag?

Auch mit Hinblick auf die Konkurrenz in der freien Wirtschaft wäre die Wiedereinführung des Bewährungsaufstieges, zumindest in den unteren Lohngruppen bis zur EG 9, für Angestellte ein attraktiver Anreiz.

Denn im öffentlichen Dienst kann ich nicht einfach zu meinem Arbeitgeber gehen und eine Gehaltserhöhung aushandeln.

Ein altes Sprichwort sagt: In der Bezahlung spiegelt sich auch immer die Anerkennung des Arbeitnehmers wider... Und liebe Landesregierung bitte merken Sie sich zum Abschluss zwei unumstößliche Weisheiten:

1. Prävention ist durch nichts zu ersetzen.
2. Der Grundstein für die Zukunft wird in der Gegenwart gelegt.

Vielen Dank lieber Jens Mohrherr, dass Du den Finger in die Wunde legst. Nun hoffe ich nur noch auf Taten von Seiten der Gewerkschaften.

Abschließend möchte ich allen Kollegen und Kolleginnen noch sagen, was ihr wahrscheinlich viel zu selten hört: Danke für die gute Arbeit und die Opfer, die ihr zum Gelingen der Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung bringt. ■

Bleibt gesund!
Lars Schiffer
BZG Mittelhessen



EINBRUCHSCHUTZ VON KOLLEGE ZU KOLLEGE

EMPFOHLENER SCHUTZ FÜR EUER ZUHAUSE – VOM FACHBERATER

Liebe Kolleginnen und Kollegen, nach der Vorstellung des „innovativen Frühwarnsystems“ in der Dezemberausgabe dieses Reports möchte ich euch heute einige Empfehlungen an die Hand geben, die auch tatsächlich wirksam sind und eher den polizeilichen Empfehlungen für Einbruchschutz entsprechen.

1. Die Unwahrscheinlichkeit erhöhen!

Die meisten von uns sind im Rahmen des ersten Angriffs oder gar zur Tatortaufnahme vermutlich schon einmal an einem Tatort nach Einbruch aus einem Wohnhaus oder einer Wohnung gewesen. Und ich könnte mir vorstellen, dass viele von euch bei der Begutachtung des Tatortes festgestellt haben, dass dort für den Täter begünstigende Umstände vorhanden waren. Zusammengefasst kann man nämlich sagen, dass Einbrecher bevorzugt dort zu Werke gehen, wo das Entdeckungsrisiko für sie möglichst gering ist. Wenn also jemand eine vier Meter hohe, dichte Hecke um sein Grundstück hat, ist die Wahrscheinlichkeit hoch, dass dort etwas passiert. Umgekehrt lässt sich aber die Wahrscheinlichkeit verringern, indem das subjektive Empfinden des Täters „Wenn ich hier versuche einzubrechen, werde ich vom Nachbarn wahrgenommen!“ angesprochen wird. Zum Beispiel durch: Regelmäßiges Zurückschneiden der Hecke; Schaffung von Sichtachsen zum Nachbarn; Strahlern, die durch Bewegungsmelder mit Kleintierunterdrückung angesteuert werden und auf die zu schützenden Fenster/Türen gerichtet werden.

Zusätzlich kann man grade in der dunklen Jahreszeit gut vortäuschen, dass jemand zuhause ist, indem per Zeitschaltuhr oder Dämmerungssensor gesteuert Energiesparlampen oder LED-Lampen im Haus eingeschaltet werden. Pffiffig sind, zumindest für Obergeschosswohnungen, preiswerte TV-Simulatoren, die ebenfalls durch Dämmerungssensor gesteuert vortäuschen, dass jemand zuhause ist und fernsieht.

Last but not least sollte man bei längeren Abwesenheiten die Klingel abstellen. Die meisten Täter klingeln vor einem Einbruch um sicher zu sein, dass niemand

zuhause ist: Es klingelt, keiner macht auf. Wenn die Klingel abgestellt ist, bekommt er diese Information nicht so einfach. Apropos längere Abwesenheiten: Im Urlaub sollten die Rollläden nicht dauerhaft unten sein, das ist für Täter ein untrügliches Zeichen, dass die Bewohner nicht da sind.

Wie ihr vielleicht bemerkt habt, sind all diese Tipps ohne – oder mit kleinem finanziellen Aufwand umsetzbar. Sie verhindern einen Einbruch nicht per se – verringern aber die Wahrscheinlichkeit, dass ein Täter Interesse an dem Objekt hat. Die weniger preiswerten Tipps, die nun folgen, sind besser geeignet einen Einbruch auch tatsächlich zu verhindern:

2. Die Schwierigkeit erhöhen!

Oft höre ich bei meinen Beratungen den Spruch „Wenn der Täter wirklich will – dann kommt er auch rein!“ – Ich muss zugeben, dass ich diese „Weisheit“ ganz fürchterlich finde. Klar stimmt es faktisch: Wenn der Täter eine Stange Dynamit mitbringt, ist die Hauswand offen – aber wie häufig kommt das bei Privatwohnungen in der Praxis vor? Viel häufiger sind Taten, wo mit einfachen Werkzeugen gearbeitet wird – einem faustgroßen Stein, einem Schraubendreher/Stechbeitel oder einem kleinen Kuhfuß. Und **gegen diese Arbeitsweisen kann man sich sehr wohl schützen!** Türen und Fenster lassen sich immer mit aufschraubbaren Zusatzriegeln

sichern. Häufig lassen sich aber auch innenliegende Verbesserungen vornehmen die unsichtbar sind und grade bei älteren Türen oder Fenstern auch die Funktionalität wieder auf Stand bringen, da ja die Riegel und Beschläge wieder laufen wie bei neuen Bauprodukten. Klar kostet das Geld, aber wenn man dagegenrechnet, dass man für viele Jahre Sicherheit hat und sich (bei innenliegenden Nachrüstungen) ggf. auch die Zeit erhöht, bis Tür oder Fenster erneuert werden muss, relativiert sich der finanzielle Aufwand eigentlich recht schnell.

Wenn die Glasfläche ein Risiko darstellt, beispielsweise bei ebenerdigen Wohnungen in Ortsrandlage oder in der Nähe von lauten Straßen oder Eisenbahnlinien sollte ggf. auch das Glas gegen Durchwurf geschützt werden. Hierfür gibt es bei älteren Fenstern auch durchwurfhemmende Folien zur Nachrüstung – wobei die nicht zu 100% empfehlenswert sind, da sie nicht ewig halten (aber mindestens 12 Jahre). Daher ist bei neueren Fenstern die Empfehlung, das Glas gegen eine durchwurfhemmende Verglasung auszutauschen. Die Stärke P4A ist da empfehlenswert – was bedeutet, dass man die Kugelstoßkugel der Damen (Metall, 4.11kg schwer) aus neun Metern Höhe dreimal hintereinander auf dieselbe Stelle des Glases fallen lassen könnte – ohne dass ein Loch im Glas ist. Die Folie zum Nachrüsten gibt es hingegen nur bis maximal P3A – was sechs Metern Fallhöhe entspricht. Alternative – insbesondere bei Fenstern von Räumen, wo ein Lüftungszwang herrscht (Toiletten, Bäder, Trockenräume o.Ä.) sind die guten alten Gitter. Diese müssen heutzutage übrigens gar nicht mehr nach Knast aussehen – es gibt auch einbruchhemmende Gitter, die richtig chic sind und eher wie eine Zierde für das Haus wirken.

Sollte eine Verstärkung der Türen und Fenster nicht möglich sein – zum Beispiel, weil der Vermieter das untersagt, sollten Wertsachen in Wertschutzschränken aufbewahrt werden. Auch die bereits in vielen Wohnungen von Kolleginnen und Kollegen vorhandenen Waffenschränke (jedenfalls die neuen gem. DIN EN 1143-1, Widerstandsgrad 0 oder höher)



sind grundsätzlich als Aufbewahrungsort für Werte bis zu 40.000,- Euro geeignet. Hierbei ist aber darauf zu achten, dass Wertschutzschränke entweder fest in die Wand eingemauert – oder bei Aufstellung sicher im Boden verschraubt sein sollen. Möbeltresore werden nicht empfohlen, da diese von den Tätern einfach herausgerissen und komplett mitgenommen werden.

Ein Tipp: Der Wertschutzschrank ist eine sehr private Angelegenheit. Daher sollte niemand außer euch wissen, dass er vorhanden ist. Menschen reden, you know? Außerdem ist es empfehlenswert, den Wertschutzschrank selber irgendwie zu tarnen – und wenn es nur ein alter Karton ist, der darübergestülpt wird. Gerade Gelegenheitstäter haben nämlich ein enges Zeitfenster und schauen daher in viele Räume nur mal oberflächlich rein und durchsuchen diese nicht so gründlich, wie das Schlafzimmer, das Wohnzimmer oder das Arbeitszimmer. Übrigens kosten Bankschließfächer auch nicht die Welt, falls ihr keinen Wertschutzschrank unterbringen wollt.

3. Durch elektronische Sicherheitstechnik ergänzen!

Elektronische Sicherheitsprodukte stellen eine sinnvolle Ergänzung zum mechanischen Schutz gegen Einbrecher dar. Wie die Tipps unter 1. verhindern sie den Einbruch nicht, aber verringern durch Abschreckung die Wahrscheinlichkeit deutlich, dass ein Täter sich für Euer Zuhause interessiert. Die Bandbreite solcher Produkte ist groß. Sie reicht von der „professionellen“ Einbruchmeldeanlage über Gefahrenwarnsysteme und Kameras mit Bewegungsmeldern, die im Smart Home angeschlossen sind bis hin zu „in-



telligenten“ Beleuchtungssystemen. Die Entscheidung, welches Produkt hier das richtige für eure individuelle Situation ist, kann ich euch nicht abnehmen. Aber es ist auf jeden Fall sinnvoll, diese Produkte vorher auf Geeignetheit zu überprüfen – insbesondere ob man sich dadurch nicht zusätzliche Probleme ins Haus holt:

Die in der Dezemberausgabe beschriebenen „Infraschall-Anlagen“ sind ebenso



wie „Druck-Messgeräte“ aus polizeilicher Sicht nicht empfehlenswert, da sie aufgrund der fehlenden „Zwangsläufigkeit“ und schon allein wegen des Funktionsprinzips eine hohe Gefahr von Falschalarmen besitzen. Diese sind für die Polizei aus zwei Gründen katastrophal: Sie binden Einsatzkräfte, die vielleicht woanders dringender benötigt würden und können dazu führen, dass die Aufmerksamkeit beim Betreten des Tatorts sinkt, da man davon ausgeht, dass es sich ohnehin vermutlich um einen Falschalarm handelt. Empfehlenswert sind daher in diesem Bereich nur zertifizierte Produkte, deren Funktionstüchtigkeit auch durch regelmäßige Wartungen sichergestellt ist.

Alle Smart-Home-Geräte mit Sicherheitsaufgaben, wie z.B. Kameras oder auch Gefahrenwarnanlagen sollten zusätzlich auch aus der Sicht betrachtet werden, ob sie vielleicht durch Kriminelle gehackt und gegen uns selbst verwendet werden können. Bei der Kaufentscheidung hilft hier, ob das IT-Sicherheitssiegel des Bundesministeriums für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) bereits draufklebt oder ob das Produkt nach DIN VDE 0826-1 zertifiziert wurde. In jedem Fall ist zu vermeiden, dass Smart-Home Produkte im selben W-LAN Netz eingeloggt sind, wie unsere Computer oder Handys. Das bekommt man einfach hin, in dem man für diese Geräte ein Gast-Netz erstellt und dort einloggen lässt. Bei der Verschlüsselung sollte auf die Möglichkeit der WPA-3 Verschlüsselung geachtet werden, außerdem, dass die Geräte immer upgedatet sind. Weitergehende Informationen zu diesem Thema erhaltet ihr auf der Internetseite des BSI: <https://www.bsi.bund.de/dok/10072756>

4. Staatliche Förderung möglich?

Leider besteht die Möglichkeit eines Zuschusses für Maßnahmen der Einbruchhemmung nicht mehr. Derzeit wird das Geld für andere Dinge benötigt, wie die Finanzierung der Corona-Pandemie, der Erhaltung der Wehrfähigkeit und die Deckung der Energiekosten. Immerhin könnte man sich derzeit neue energieeffiziente Fenster und Türen fördern lassen – und nirgendwo steht geschrieben, dass die neuen energieeffizienten Bauprodukte nicht auch gleichzeitig einbruchhemmend ausgelegt sein dürfen. Wenn ihr das ins Auge fassen wollt achtet darauf, dass die neuen Türen und Fenster nach der DIN EN 1627 zertifiziert sind und mindestens die Widerstandsklasse RC2 haben. Lasst euch ein Zertifikat und eine Montagebescheinigung aushändigen, dann habt ihr nicht nur fünf Jahre Gewährleistung – sondern auch noch ein sehr langes Recht auf Schadensersatz falls Hersteller oder Handwerker einen schlechten Tag hatten und entgegen aller Wahrscheinlichkeit doch ein Einbrecher bei diesen Bauprodukten erfolgreich gewesen ist.

Was aber immer geht ist, dass ihr euch bei einer polizeilichen Beratungsstelle in eurer Nähe informiert, wie ein sinnvoller Einbruchschutz bei euch aussehen könnte und welche Handwerker in der Nähe von der Polizei empfohlen werden. Individuelle vor-Ort-Beratungen bei euch zu Hause sind prinzipiell möglich und fast überall in Deutschland auch kostenfrei! Eine bundesweite Beratungsstellensuche findet ihr auf www.k-einbruch.de, außerdem jede Menge Fachinformationen zum Nachlesen!

Markus Gebauer
KG Kassel

MIT LEIB UND SEELE POLIZIST

ABSCHIED VON JÖRG PETTER

Ende Januar verabschiedete sich Jörg Petter, Dienststellenleiter der Polizeistation Frankenberg, in den wohlverdienten Ruhestand.

Als Stationsleiter hat er jahrelang für die Sicherheit von rund 52.000 Einwohnern mit gesorgt. Am 1. April 2018 übernahm er die Leitung der Polizeistation von Ottmar Vöpel.

Über die Einladung zu seiner Verabschiedung im Gasthaus zur Mühle in Schreufa habe ich mich sehr gefreut, da ich mit Jörg immer gerne in der Zeit von 2018 bis Ende Januar 2023 zusammengearbeitet habe.

Bei meinen Diensten in der Schicht auf der Polizeistation in Frankenberg, zuletzt im Dezember 2022, nahm sich Jörg immer Zeit, damit wir uns in Personalrats- und gewerkschaftlichen Themen austauschen konnten. Jörg war hier immer ein guter Gesprächspartner, offen und lösungsorientiert.

Jörg gehörte auch dem ersten gemeinsamen Personalrat für die GdP Anfang der 2000er Jahre an und war einige Jahre zu dieser Zeit der erste Kreisgruppenvorsitzende der fusionierten Kreisgruppe Wald-eck Frankenberg.

Er wurde von fast 100 Gästen in dem Gasthaus zur Mühle verabschiedet. Jörg



v.l.: Bürgermeister Heß, Jörg Petter mit Ehefrau, Tino Hentrich, Stefan Rüppel

berichtete aus seinem langen Polizeileben, weitere Redner der Veranstaltungen waren Tino Hentrich, PD Leiter in Waldeck Frankenberg, Bürgermeister Rüdiger Heß aus Frankenberg und der Verfasser dieser Zeilen für die GdP Nordhessen.

Fast alle Kolleginnen und Kollegen der Polizeistation Frankenberg waren unter den Gästen. Es war eine tolle Feier, so wie wir sie alle vor Corona kannten und schätzten.

Lieber Jörg, wir wünschen dir einen langen und gesunden Ruhestand!

Die Seniorengruppe der GdP Nordhessen wird dich mit offenen Armen empfangen.

Olaf Dienst ist der neue Dienststellenleiter in Frankenberg, ich freue mich auf unsere Zusammenarbeit! ■

Stefan Rüppel

SENSATION IM ALLGÄU

27. INTERNATIONALE POLIZEI-SKIMEISTERSCHAFTEN IN OFTERSCHWANG

Vom 10.-12. Februar fanden in Ofterschwang im Allgäu die 27. internationalen Polizeiskimeisterschaften statt. Organisiert werden die Meisterschaften von der GdP Bayern und der GdP Service GmbH.

Coronabedingt fielen die Meisterschaften leider die letzten beiden Jahre aus. Umso mehr war die Freude bei uns groß, dass wir endlich wieder an den Start gehen durften.

Zusammen mit Jörg Schunke und Robert Fritze machte ich mich wieder auf ins Allgäu, um die Fahne der GdP Nordhessen hochzuhalten.



Neben uns waren Kolleginnen und Kollegen aus vielen Nachbarländern und fast allen Bundesländern am Start. Ganz besonders gefreut haben wir uns unsere Liechtensteiner Freunde wiederzusehen.

Nach zwei Trainingstagen stand am Samstagvormittag das große Rennen an.

Der Skiclub Ofterschwang hatte für uns einen tollen und schnellen Kurs auf der FIS-Weltcupabfahrt gesteckt. Bei der Weltcupabfahrt handelt es sich um eine schwarze Piste, die bereits am Start ein ordentliches Gefälle aufweist.

Bei herrlichem Wetter und tollem Blick ins Tal kamen wir am Startbereich zusammen. Mit Startnummer 15 durfte ich auf meinem Snowboard ziemlich schnell ins Geschehen eingreifen und konnte mit einer beherzten und guten Fahrt eine gute Zeit hinlegen.

Mit DJ Chilly-T

HOUSE BLAULICHT PARTY

Club Gleis 1

30.3.2023 • 20.00

Rainer-Dierichs-Platz 1
(Hauptbahnhof)
34117 Kassel

Karten PP Nordhessen
Kollege Ruppel 0561/9101012

Karten Loh-Kaserne Baunatal
Kollege Möhring 0561/9103616

Karten GdP KG BPOLI Kassel
Kollege Weichert 0561/816164501

Vorverkauf: 4 € • Abendkasse: 8 €

Die Party für alle im öffentlichen Dienst Beschäftigten





Auch Robert mit der Startnummer 41 und Jörg mit der Startnummer 57 konnten fehlerfrei eine super Leistung abrufen und tolle Zeiten hinlegen. Zwischenzeitlich war ich auch noch mit der Startnummer 54 auf meinen Ski am Start.

Sowohl vor, als auch während und nach dem Rennen wurden wir toll von unseren Gastgeber betreut und hatten viel Spaß und tolle Gespräche mit Kollegen aus allen Ecken der Nation.

Am Abend stand die Siegerehrung an und der Saal des Ofterschwanger Hauses füllte sich bis zum letzten Platz.

In toller Atmosphäre wurden die Sieger der Disziplinen und Altersklassen gekürt und als der schnellste männliche Snowboarder aufgerufen wurde, erklang mein Name.

Gold für Nordhessen!

Dieser sensationelle Erfolg wurde im Anschluss auch gleich ordentlich gefeiert.

So ging wieder eine tolle und äußerst erfolgreiche Polizeiskimeisterschaft zu Ende. Nächstes Jahr steht jetzt die Verteidigung der Goldmedaille an.

Liebes Ofterschwang, liebe GdP Bayern, liebe GdP Service GmbH, liebe Teilnehmer aus nah und fern, insbesondere unsere liechtensteinischen Freunde, bis

bald! Wir freuen uns schon jetzt auf euch alle!

Euer Andreas Rau
KG Fritzlar



Auf Platz 1 Andreas Rau

IM SCHNEE UNTERWEGS

GDP SENIOREN WANDERTEN IM HABICHTSWALD

Traditionell suchen wir uns für den ersten Wandertermin im Jahr eine Strecke aus, die eine winterliche Stimmung verspricht. Was liegt da näher, als wieder einmal den Habichtswald zu erkunden.



Wir trafen uns Ende Januar auf dem Parkplatz „Steinernes Schweinchen“ und marschierten mit guter Laune los. Zunächst waren die Wege noch matschig, aber mit jedem Höhenmeter war die Schneedecke dichter. Letztlich war der Weg, der uns an den „7 Teichen“ und der Teufelswand vorbeiführte, auch stark vereist. Es war eine ziemliche Schlitterpartie, bis wir in unserem Ziel, der Gaststätte „Unteres Firnsbachtal“ eintrafen.

Nachdem wir uns gestärkt hatten, ging es unter der A44 hindurch, an Schauenburg-Elgershausen vorbei zum Forsthaus „Am Brand“ und dann entlang

des Baunsberges wieder zurück zum Ausgangspunkt. Insgesamt sind wir 10,7 km gelaufen und waren froh, dass bei den widrigen Wegeverhältnissen niemand durch einen Sturz zu Schaden kam. ■

Volker Zeidler
Seniorengruppe

Trotz nebligem Wetter alle gut gelaunt



**Gut,
dass es sie gibt.**



**Gewerkschaft
der Polizei**

www.gdp.de/hessen

Wer hat Interesse mit uns zu wandern?

Die Wanderungen finden in ungeraden Monaten am letzten Mittwoch statt. Die Strecke wird jeweils kurz vorher festgelegt und kann von allen Teilnehmern in ihrem Bereich gerne organisiert werden.

Meldet Euch, wenn Ihr Interesse habt bei
simone.riese.gdp@web.de.

Wenn ihr möchtet, nehmen wir Euch auch gerne in unsere What's App-Gruppe auf.

EAM KASSEL MARATHON 2023

KASSEL LÄUFT – UND WIR LAUFEN MIT!

Endlich wieder!!! Dieses Jahr findet der Kassel Marathon am Sonntag, dem 17.09.2023 statt.

Nachdem wir von der GdP in den letzten Jahren mit viel Spaß und nicht unerheblichen Erfolg an der Veranstaltung teilnahmen, wollen wir auch 2023 wieder auf uns aufmerksam machen, damit un-

sere Kolleginnen und Kollegen und auch die Bürger sehen:

Mit der Gewerkschaft der Polizei läuft's.

Um zu signalisieren, dass es am besten gemeinsam läuft, möchten wir auch dieses Jahr die Staffeln an den Start bringen, um den Teamgeist zu untermauern.

Also bitte alle Kolleginnen und Kollegen, die Interesse haben, an der Staffel teilzunehmen bei mir per E-Mail melden.

Monika Sadowski-Jacobi
Kreisgruppe Kassel

Seniorenseninar der GdP Hessen im April 2023

24. April 2023, 11:00 Uhr bis
26. April 2023, ca. 13:00 Uhr



im Landgasthof Bechtel
Vor der Brücke 4
34628 Willingshausen-Zella
www.hotel-bechtel.de
Telefon: 06691/94650

Teilnehmen können alle Rentner/-innen und Pensionär/-innen mit Partnern.

Vorgesehene Themen:

- Nützliche Tipps zur Beihilfe
- Patientenverfügung / Vorsorgevollmacht / Betreuungsverfügung / Notfallordner
- Vor dem Pflegefall, der Pflegefall – Vorsorge Wohnung / Hilfsangebote im Alter bei Behinderung / Pflegekasse und Pflegestufen
- Aktuelle gewerkschaftliche Informationen
- Und noch ein bisschen mehr

Anmeldungen:

Es ist ein Eigenanteil von 20 Euro pro Teilnehmer zu entrichten, der auch im Verhinderungsfall nicht zurückerstattet wird.

Die Anmeldung wird erst wirksam, wenn die Überweisung auf das Konto der GdP, Wiesbadener Volksbank, IBAN: DE70 5109 0000 0006 7840 03, BIC: WIBADE5W, Kennwort: Seniorenseninar April 2023, erfolgt ist.

Hinweis:

Vormerkungen, telefonische Anmeldung und Anmeldungen ohne die erforderlichen Daten im Formular sind nicht möglich.

Berücksichtigung:

Sollten mehr Anmeldungen eingehen, als Plätze vorhanden sind, werden zunächst Kolleginnen und Kollegen berücksichtigt, die noch kein Seniorenseninar besucht haben. Sollten darüber hinaus Plätze frei sein, berücksichtigen wir nach dem Abstand zum letztmalig besuchten Seniorenseninar. Wir wollen möglichst alle Plätze belegen. Deshalb werden wir auch Kolleginnen und Kollegen aufnehmen, welche dieses Seminar bereits besucht haben. Ob Sie zum Zuge kommen liegt an der Anzahl der Anmeldungen. Weiterhin erfolgt dann die Berücksichtigung nach Eingang der schriftlichen Anmeldung. Für eventuell nicht berücksichtigte Anmelde-der erstellen wir eine Nachrückerliste (falls Teilnehmer ausfallen).

Auskünfte:

Bernd Braun,
E-Mail: seniorengruppe@gdphessen.de
oder bei den Seniorenvertretern der GdP-Bezirksgruppen.

Alte Uniformteile gesucht

Für die Durchführung der GdP-Seminare Versorgung von Schuss- und Stichverletzungen benötigen wir immer Uniformteile, die nicht mehr benötigt werden. Wir nehmen gerne Hemden, Hosen und Jacken (auch alte der grünen Uniform) an, um die Kolleginnen und Kollegen in dem Seminar damit ausstatten zu können. Im Anschluss an ein Seminar werden die Uniformteile entsorgt.

Bitte melden bei Stefan Rüppel Tel.: 0561/9101011



gespielte
Verletzungssituation

KURZ VOR SCHLUSS ODER DANACH

SEMINAR VORBEREITUNG AUF DEN RUHESTAND

Wir veranstalten dieses Jahr in Absprache mit dem Landesbezirk Hessen wieder ein Seminar „Vorbereitung auf den Ruhestand“. Das Seminar findet

vom Dienstag, 19. September bis Donnerstag, 21. September im Landhotel Bechtel, Willingshausen-Zella, Vor der Brücke 4, statt.

Wir bieten Euch umfassende Informationen, die beim Eintritt in den Ruhestand von entscheidender Bedeutung sind und Euch wertvolle Tipps geben. Das Seminar

kann ab Vollendung des 57. Lebensjahres und bis zu 2 Jahren nach Eintritt in den Ruhestand besucht werden.

Themen des Seminars sind:

- Gesundheit
- Rechtliche Änderungen
- Vorsorgevollmachten
- Umgang mit Vermögen im Erbfall
- Änderungen in der Beihilfe

Und nebenbei bieten wir Euch eine Stadtführung im mittelalterlichen Ziegenhain an.

Wir freuen uns auf Eure Anmeldung, das Seminar ist für GdP-Mitglieder kostenfrei.

Nicht-Mitglieder müssen die Unterbringungskosten im Landhotel Bechtel selbst tragen und für das Rahmenprogramm einen Kostenbeitrag von 30,- Euro leisten. ■

SPÜRBARE ERFOLGE EURER GDP

Gewerkschaft erringt Verbesserungen für tausende Kolleginnen und Kollegen der hessischen Polizei beim „DuZ“ und auch bei der Zulagenordnung für alle Kolleginnen und Kollegen die im Bereich der Bekämpfung von Kinderpornographie Dienst machen

Die GdP vertritt die Interessen der Polizeibeschäftigten gegenüber den Arbeitgebern und der Politik – für bessere Arbeitsbedingungen, mehr Mitbestimmung und gerechte Löhne. So die graue Theorie. Im Jahr 2022 hatte die hessische GdP-Spitze um Jens Mohrherr und Stefan Rüppel ein intensives Arbeitstreffen mit dem Innenpolitischen Sprecher der CDU-Landtagsfraktion Bauer abgehalten.

Hier wurde der Finger in die Wunde gelegt und die Politik unmissverständlich aufgefordert spürbare Verbesserungen für die Polizeibeschäftigten zügig einzuführen. Ganz konkret wurden die Themen „DuZ“ und Ausgleichszahlungen für die Kolleginnen und Kollegen, die die belastbaren Ermittlungen beim Kampf gegen die Kinderpornographie führen, in den Mittelpunkt der Betrachtung gestellt. Für uns als GdP ein schöner Erfolg, wenn ein Jahr später bereits der aktuelle Regierungsentwurf der Erschwereniszulagenverordnung genau diese Punkte in Form einer Verbesserung beinhaltet.

Schauen wir uns an was im Detail verändert werden soll:

(Wiesbaden) Die seit 2012 an die CDU geführte Landesregierung erhobenen For-

derungen, auf Erhöhung der DuZ-Zulage wurden letztmalig in der derzeit gültigen Erschwereniszulagenverordnung (Stand 2016) angepasst. Diese Beträge für den Dienst zu ungünstigen Zeiten (DuZ) sollen nun endlich angehoben werden.

Im Regierungsentwurf der Erschwereniszulagenverordnung, die noch durch den hessischen Landtag beschlossen werden muss, sind folgende Beträge vorgesehen.

- **Sonntagszuschlag von 3,25 € auf 4,10 €**
- **Nachzuschlag von 2,61 € auf 3,30 €**
- **Samstagszuschlag von 0,79 € auf 1,00 €**

„Wir begrüßen die längst notwendigen Steigerungen, erlauben uns aber die Kritik, dass eine Dynamisierung dieser Beträge weiterhin nicht vorgesehen ist. Es bleibt dabei. Dienst am Wochenende muss mit den Vergütungen privater Arbeitgeber vergleichbar sein.“, so Jens Mohrherr, Landesvorsitzender der GdP Hessen, nach Bekanntwerden der geplanten Anpassungen.

Finanzieller Ausgleich für den Bereich der Bekämpfung von Kinderpornographie

Den derzeit mit der Bekämpfung der Kinderpornographie tätigen Polizeibeamtinnen und -beamten begegnen arbeitstäglich Abgründe menschlicher

Grausamkeit. Einhergehend mit diesen Belastungen fällt es schwer, nach arbeitsreichen Ermittlungen die Bilder aus den Köpfen zu bekommen. Flankierend zu diesen Tätigkeiten brauchen die dort Beschäftigten Einzelsupervisionen.

Die nunmehr geplanten finanziellen Zulagen (Antrag der CDU-Fraktion zum Doppelhaushalt 2023/2024 iHv. EUR 300) können die psychischen Folgen in diesen Arbeitsbereichen alleine nicht ausgleichen.

GdP Chef Mohrherr äußert in diesem Zusammenhang deutliche Kritik: „Der Personalkörper ist auf Kante genäht und muss massiv verstärkt werden, um Rückzugsräume und Auszeiten vom Dienst in Anspruch nehmen zu können.“

„Es bleibt dabei: die besonders belastete hessische Polizei und ihre Beschäftigten brauchen dringend die erforderliche Wertschätzung, die es ermöglicht den besonderen Herausforderungen der Zukunft erfolgreich zu begegnen. Diese angedachte erforderliche Zulagenzahlung ist der richtige Weg. Jedoch dürfen bei künftigen Betrachtungen andere belastende Tätigkeiten nicht außer Acht gelassen werden.“ ■

Christoph Möhring
GdP Nordhessen

STARKES ZEICHEN IN WABERN



Am 17.02.2023 fand in Wabern der Neujahrsempfang von Bündnis 90/Die Grünen statt.

Pünktlich eine Stunde vor Beginn stand die Kreisgruppe Fritzlar am Veranstaltungsort bereit, um die Gäste mit einer Mahnwache zu begrüßen.

Mit einem großen Banner und unserer Fahne machten wir bei allen Gästen und Passanten auf unsere Forderung nach einer gerechten Besoldung aufmerksam.

In vielen intensiven und konstruktiven Gesprächen, u.a. mit Herrn Daniel May,

MdL, konnten wir unsere Probleme und rechtmäßigen Forderungen deutlich machen.

Wir haben ein Recht auf eine gerechte Besoldung! Und zwar JETZT! Nicht irgendwann, wenn es mal passen könnte!

Allen Mitstreitern gilt nochmals mein ganz herzlicher Dank! Ihr seid einfach spitze!

Andreas Rau
KG Fritzlar



GdP – wir kämpfen für Euch!



Gespräch mit MdL Daniel May (mi.)



GdP-Aktuell

Die Bezirksgruppe Nordhessen bietet an:

Testtraining für Polizeibewerberinnen und -bewerber

Wann: 19.04.2023 von 09.00 bis 15.00 Uhr

Wo: Vereinsheim TSV Korbach, Karpatenstr. 18 a, 34497 Korbach

Bereits im Jahr 2022 fand in Korbach das erste Training dieser Art mit großem Erfolg statt. An diesem Tag konnten sich potentielle Bewerberinnen und -bewerber für die Hessische Polizei einen Eindruck verschaffen, wie die Einstellungsprüfung abläuft.

In diesem Jahr wollen wir dieses Angebot Schulabgängern der 11. bis 13. Klasse erneut anbieten.

Es stehen 20 Plätze zur Verfügung.

Es werden alle drei Testteile geübt:

- 45 Minuten Intelligenz- und Konzentrationstest
- Durchführung von Übungen aus der Sportprüfung
- Training von Einzel- und Gruppengespräch

Mitzubringen sind ein Tablet oder Laptop und Sportbekleidung. Duschmöglichkeiten sind vorhanden. Die Verpflegung übernimmt die GdP.



Die Teilnehmer aus dem Jahr 2022 bei den Sportübungen

Anmeldungen nimmt entgegen Dominic Kosik (Geschäftsstelle in Wiesbaden) Tel.: 0611/99227-31 oder per Mail an gdp-hessen@gdp.de

WAS HALTEN STAAT UND DIE BESCHÄFTIGTEN AUS?

Der Personalmangel im öffentlichen Dienst ist umfassend bekannt. Insbesondere bei der Polizei gibt es erhebliche Lücken im Personalkörper, bei Tarifbeschäftigten und Beamten gleichermaßen. Die Überstundenberge wachsen Jahr für Jahr auf's Neue an. Bei uns ist es deutlich zu erkennen, dass die ausbezahlten Überstunden keine 4 Monate später wieder aufgebucht sind. Das Land Hessen trat den vermeintlichen Schritt nach vorne an und wollte mit den Sicherheitspaketen I – III die polizeiliche Basis stärken.



Von Beginn an begleitete die GdP diese Initiative kritisch und trug ein ums andere Mal den politisch Verantwortlichen in Hessen vor, dass diese Personal-Pakete bestenfalls ein Anfang für einen nachhaltigen Personalaufbau sein können.

Auf Grund der zu erwartenden gesellschaftlichen Entwicklungen reichten diese Pakete jedoch von Beginn an nicht aus. Durchgedrungen sind wir bisher (noch) nicht. Der Vorwurf einer personellen nicht ausreichenden Verstärkung, den die GdP Minister Beuth wieder und wieder machte, wurde ausgesessen.

Von Anfang an war klar, dass wenig Personal aus den Sicherheitspaketen an und in den Basisdienststellen, also Polizeistationen und Ermittlungsgruppen sowie Kommissariate ankommen würde. Einstellungen mit Abbrecherquoten der Studierenden von bis zu 20 % bestätigten die Darstellungen der GdP.

Seit dem Beschluss über die Sicherheitspakete gab es mit der Coronapandemie und dem Ukrainekrieg inklusive einer enormen Inflation mehrere Krisen, die die Polizei an die Grenzen der Belastungen und darüber hinaus gebracht hat.

Hinzu kommen sogenannte Klima-Aktivist:innen, die der Meinung sind, dass demokratische Prozesse im Zusammenhang mit Klimaschutz keine Bedeutung haben und die Polizei als Vertreter des Staates dafür „an den Pranger gestellt gehört“!

Vereinigungen wie „Letzte Generation“ oder „Ende Gelände“ halten die Polizei unnötig auf Trab. Wenn vermeintlich ehrbare Ziele mit kriminellen Aktionen erpresst werden sollen, darf es kein Schönreden – auch durch gewählte Volksvertreter mehr geben.

Aufgaben für die Polizei gibt es mehr als genug. Beispielsweise die ausufernde

Kriminalität im Bereich der Bekämpfung der Kinderpornographie, die den Einsatz von deutlich mehr als die derzeit landesweit 330 Kolleginnen und Kollegen in diesem Arbeitsbereich erfordert.

Auch die Entschlüsselung von Kryptohandys ist ein Fass ohne Boden. Beide Bereiche waren in der Art bei der Beschlussfassung der Sicherheitspakete zwar noch nicht absehbar, kosten aber berechtigterweise Unmengen von Personalressourcen.

„Hoch qualifizierte Menschen kommen nicht zu uns, weil wir keine finanziell adäquaten Stellen dafür ausschreiben können bzw. dürfen. Wenn sie da sind, verlassen sie uns nachweislich und gehen in die Wirtschaft oder zu anderen Behörden mit besseren Angeboten.“

Wie soll sich eine moderne Polizei zukunftssicher aufstellen?

Die Digitalisierung wurde über viele Jahre hinweg komplett verschlafen. Es fehlt Tarifpersonal im Bereich der IT und anderswo.

Hoch qualifizierte Menschen kommen nicht zu uns, weil wir keine finanziell adäquaten Stellen dafür ausschreiben können bzw. dürfen. Wenn sie da sind, verlassen sie uns nachweislich und gehen in die Wirtschaft oder zu anderen Behörden mit besseren Angeboten.

Neben den genannten Veränderungen mit direktem dienstlichem Bezug trägt auch die gesellschaftliche Veränderung dazu bei, dass in der Zukunft mehr Personal benötigt wird. Städte und Kommunen prosperieren. Überall entstehen neue Wohn- und Gewerbegebiete, die auch

folgerichtig ein mehr an Polizei für die alltägliche Arbeit benötigen.

Wenn politische Prozesse und gerichtliche Entscheidungen nicht mehr respektiert und angenommen werden, ist dies genauso gefährlich wie die Verschwörungstheoretiker, die der Meinung sind, es gibt ein höheres Gremium, oder die Reichsbürger, die die Existenz der Bundesrepublik in Gänze ablehnen.

Politischer Frust wird bei der Polizei abgeladen

Innerhalb der Gesellschaft wächst der Frust über politische Entscheidungen und es ist spürbar eine zunehmende Gewaltbereitschaft gegenüber den Polizeibeschäftigten und anderen Helfern zu verzeichnen.

Die Polizei musste und muss für die Einhaltung der rechtsstaatlichen Entscheidungen Sorge tragen. Staatsfeinde kriechen hinter „ihren Öfen“ hervor und missbrauchen dann vorgeschobene Kritik durch ihre Gewaltakte.

Ihr Gegner ist schließlich da, die Polizei. Sie bietet sich offensichtlich geradezu an, als adäquates Gegenüber „zur Verfügung“ zu stehen. Angst vor weitreichenden Repressalien besteht ebenso offensichtlich nicht. Die Gefahr einer Identifizierung ist überschaubar gering und die Prognose für eine Bestrafung überschaubar.

Auch der russische Angriffskrieg von Russland macht deutlich, wie fragil unser Sicherheitsapparat ist. Die Politik muss sich der Tragweite ihrer Entscheidungen mehr denn je bewusst sein.

Letztlich muss Politik den Trägern des Gewaltmonopols die nötige personelle Ausstattung zur Verfügung stellen.

Egal welche Krisen uns noch konfrontieren werden!

Daniel Klimpke

DIE POLIZEI ALS FEINDBILD DER KLIMABEWEGUNG

Am 11. Januar hatten Kräfte der Landespolizei Nordrhein-Westfalen und 14 weiterer Bundesländer begonnen, das von Klimaaktivisten besetzte Dorf Lützerath an der Abbruchkante des Tagebaues Garzweiler zu räumen. Es hat nicht lange gedauert bis Bilder von steinewerfenden Aktivisten, angeblicher Polizeigewalt und Verletzten auf beiden Seiten nicht nur durch Hessen, sondern um die Welt gingen.



GdP-Bundesvorsitzender Kopelke in Lützerath

Erfolg der Klimabewegung im Hambacher Forst

Der sog. „Hambi“ ist zum Sinnbild für die Klimabewegung geworden, gegen die Kohleverstromung, die Umweltverschmutzung und -zerstörung vorzugehen.

Wir erinnern uns an das Jahr 2018, als es die Klimabewegung geschafft hatte, die Rodung des Hambacher Forstes zu verhindern. Das OVG Münster erklärte die Maßnahmen im Eilverfahren für rechtswidrig und sie wurden eingestellt. Nach der Einstellung erließ der damalige Ministerpräsident Armin Laschet ein Moratorium und eine politische Neuausrichtung. RWE akzeptierte das Moratorium und erklärte sich bereit, auch weitere Wälder zu verschonen.

Die Kolleginnen und Kollegen der Polizei waren in Amtshilfe tätig und hätten dies nicht tun dürfen. Die GdP NRW schätzt die Summe der angefallenen Stunden der Einsatzkräfte auf über 1 Million. Der Kommunikationsprozess, der nach Abbruch der Maßnahmen mit den Interessensvertretungen initiiert wurde, wurde ausdrücklich begrüßt. Allerdings hätte dies vorher erfolgen müssen.

Rechtslage in Lützerath

In Lützerath ist die Rechtslage jedoch eindeutiger. Die Bewohner wurden schon vor langer Zeit entschädigt und umgesiedelt. Das Gelände ist Eigentum von RWE. Es liegen alle erforderlichen Genehmigungen vor, das Dorf abzureißen. Zudem kommt ein „Deal“ zum Tragen, welcher festlegt, dass der Kohleausstieg in NRW bereits 2030 durchgeführt wird, im Gegenzug aber der Tagebau in Garzweiler weiter stattfindet und unter anderem das Dorf Lützerath abgebaggert werden kann.

Kritiker sagen, dass dieser Deal nicht gut fürs Klima ist, jedoch lässt sich durch diese politische Entscheidung zumindest der Energiemarkt beruhigen, da unabhängig davon, ob die Kohle benötigt wird

oder nicht, die Abräumrechte bestehen. Es wird somit eine Verbindlichkeit und Planbarkeit geschaffen.

Braucht RWE die Kohle?

Was nicht eindeutig ist, ist der Bedarf an Braunkohle, der unter Lützerath schlummert. So zeigen Studien unterschiedliche Ergebnisse, ob die Kohle gebraucht wird oder nicht.

Eine dieser Studien des Auftraggebers RWE kommt zu einem positiven Ergebnis, andere wiederum zeigen das Gegenteil. Schwierig ist abzuschätzen, wie viel Kohle verstromt werden muss und wieviel veredelt und zu anderen Produkten verarbeitet werden muss. Es zeichnet sich jedoch ab, dass nur zur Stromerzeugung die Kohle unter Lützerath nicht benötigt wird.

Aber führt ein Stopp des Abbaus zu weniger Kohlendioxid-Emissionen? Der europäische Emissionshandel EU-ETS sieht vor, dass die Abgabe von CO² europaweit limitiert ist. Gesetzlich verpflichtete Unternehmen, wie zum Beispiel der Energiewirtschaft oder Luftfahrt, bekommen Berechtigungen für CO²-Emissionen. Die werden bis zu einem gewissen Grad kostenlos zur Verfügung gestellt. Ergänzende Berechtigungen müssen die Unternehmen kaufen, was CO² per se teuer macht. Es lohnt sich also für Unternehmen, CO² einzusparen.

Sollte RWE die Kohle unter Lützerath nicht abbaggern und verfeuern, besteht die Möglichkeit, die dann frei werdenden CO²-Zertifikate an andere Unternehmen in Europa zu veräußern, oder mehr Kohle aus anderem Tagebau, wie z.B. im Osten der Republik abzubauen und zu verfeuern.

Daraus lässt sich schließen, dass es europaweit keine Reduzierung der CO²-Emissionen geben wird, ob die Kohle unter Lützerath nun abgebaut wird oder nicht.

Die Polizei als Feindbild

An der Stelle muss man nun die Aktivisten der Klimabewegung, die sich über

den „zivilen Ungehorsam“ mit Gewalt gegen die Räumung wehren, in den Fokus rücken. Die Aussagen, dass das 1,5 Grad-Ziel der europäischen Union beim Abbau der Kohle nicht mehr erreicht werden kann ist irreführend.

Vielmehr geht es den Aktivisten vor Ort nur darum, Bilder zu erzeugen und auf das grundsätzliche Problem der Kohleverstromung aufmerksam zu machen. Es ist einfach ein Symbol, was sich, insbesondere in den sozialen Medien, gut vermarkten lässt. Deshalb haben natürlich auch die Ikonen der Fridays-for-Future Bewegung Greta Thunberg und Luisa Neubauer nicht gezögert, sich medienwirksam von Polizeikräften vom Rand der Abbruchkante wegtragen zu lassen.

Natürlich ist die Klimakatastrophe, in die wir immer weiter hineinschlittern, mit allen Mitteln zu verhindern oder zumindest abzumildern. Dennoch stellt sich die Frage, inwieweit hier immer wieder Kolleginnen und Kollegen verletzt werden müssen, die qua gesetzlichem Auftrag die bestehende Rechtslage durchsetzen müssen. Gewaltfreier ziviler Ungehorsam mag für den einen oder anderen als Protestform in Frage kommen, jedoch zeigen die Bilder vor Ort, dass sich die Klimabewegung die Polizei längst als Feindbild ausgesucht hat, um weitere Mitstreiter zu mobilisieren.

Die Fehler der ehemaligen Landesregierung in NRW fördern das Misstrauen in die staatlichen Institutionen. Politik muss einsehen, dass eine illegal angeordnete Maßnahme ein Bärendienst für den Rechtsstaat ist. In diesem Falle liegt die Rechtslage jedoch deutlich anders. So bleibt nur zu hoffen, dass sich die Klimabewegung Lützerath und allen weiteren Projekten der Energie- und Verkehrswirtschaft mäßigt und zurückkehrt zu grundgesetzkonformen Versammlungen. ■

Sebastian Schubert



**Gewerkschaft
der Polizei**
Hessen

funXperience
KASSEL

© René Robke, funXperience Kassel



bis zu
35%
für GdP-
Mitglieder*

Freizeitcenter mit 3 Erlebnissen zentral in Kassel

Jede Menge Spaß

- Lasertag, 3D Schwarzlicht Minigolf und deutschlandweit fast einzigartiges Team Challenge Konzept direkt am HBF in Kassel
- Facettenreicher und wetterunabhängiger Freizeitspaß für Jung und Alt

* Infos unter
www.gdp.de/hessen



Im Freizeitcenter „funXperience“ steht Euer gemeinsamer Spaß auf über 2.500 m² im Vordergrund! Taucht ab in kunterbunte Welten vom **3D Schwarzlicht Minigolf Erlebnis NeonGolf**, kommt beim actionreichen **Lasertag von LaserSports** ins Schwitzen oder stellt Euch den verschiedensten Herausforderungen bei **Cube Challenges**. Ob Geburtstag, JGA, Firmenevent oder Ausflug mit Freunden und Familie – hier ist für jeden etwas dabei!

 funxperience.de/kassel  [@funXperience.kassel](https://www.facebook.com/gdphessen)  [@funXperience.kassel](https://www.instagram.com/funXperience.kassel)